Irak Gewerkschaftstour

mit RednerInnen aus Irak

von der “Allgemeinen Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor”

Reader und Informationspaket

September 20 Version

Inhaltverzeichnis

Gewerkschaften im Irak 3
Joachim Guillard

Über die Gewerkschaft der Südlichen Ölfelder 5
Ewa Jasiewicz

Der andere irakische Widerstand..... 8
Greg Muttitt, 3. Juni 2005

Abschlusskommuniques der Basra Konferenz über die Privatisierung des öffentlichen Sektors..... 9
Ibrahim Muhammad Radiy, Faruq Muhammad Sadiq, Dr. `Abd al-Jabbar al-Hilfi, Falih `Abbud `Amarah, Hasan Jum`ah `Awwad

Verlasst unser Land jetzt! 11
Hassan Juma'an Awad

Irakische Ölarbeiter werden das Öl des Lands verteidigen 13
David Bacon: Interview mit Hassan Juma'a Awad

Widerstand gegen den wirtschaftlichen Krieg im Irak 17
Greg Muttitt
Corporate Watch, Newsletter Issue 23 April/May 2005

Bagdad im Jahr Null..... 21
Naomi Klein

Aufruf im Namen der Südlichen Ölbetriebsgewerkschaft, Basra 28
Ewa Jasiewicz und James O'Nions

Unterstützen Sie die irakischen Ölarbeiter! 29
GUOE

GUOE- Aktivitäten seit Besatzungsbeginn 30
GUOE

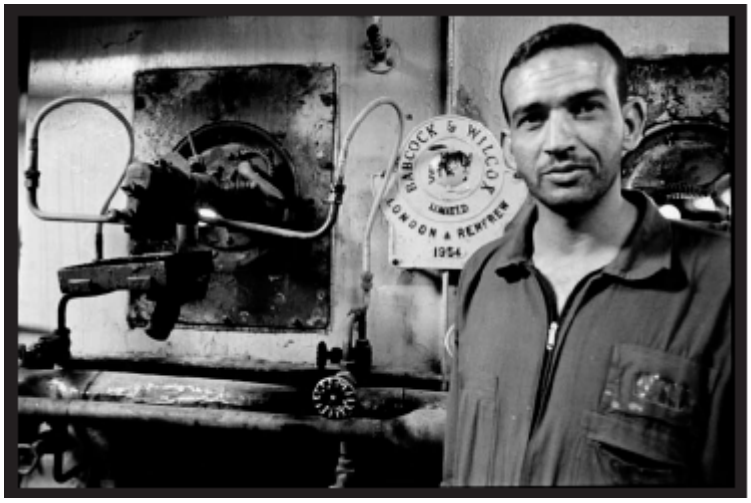
Gewerkschaften im Irak

Joachim Guillard

Zivile Opposition und Gewerkschaftsbewegung allgemein

In den westlichen Medien wird fast nur über den bewaffneten Widerstand berichtet, die zivile Opposition gegen die Besatzung bleibt ausgeblendet. Dabei wird diese immer stärker und ist immer besser organisiert. So haben in den letzten Monaten große landesweite Konferenzen mit breiter Beteiligung stattgefunden, in denen sich Organisationen mit unterschiedlichstem ideologischen Hintergrund um einen nationalen Konsens bemühen.

Eindrucksvoll waren auch die Demonstrationen am 9. April 2005, mit denen in vielen Städten Iraks der Forderung nach Abzug der Besatzer Nachdruck verliehen wurde. Allein in Bagdad kamen trotz des permanent geltenden Ausnahmezustandes über 300.000 Menschen zusammen, die größte Demonstration im Irak seit langem.



Das bedeutendste Sammelbecken des zivilen Widerstands stellt aktuell der Irakische Nationale Gründungskongress (Iraqi National Foundation Congress, INFC) dar, in dem sich über 60 Organisationen zusammengeschlossen haben. Vertreten sind religiöse Organisationen aller Konfessionen ebenso wie säkulare, nationale und linke Gruppierungen, Kurden ebenso wie Turkmenen und andere nationale Minderheiten. Auch Gewerkschafter beteiligen sich an diesem Bündnis.

Nachdem es vor der Invasion nur eine staatsnahe Einheitsgewerkschaft, den Allgemeinen Gewerkschaftsbund GFTU gegeben hatte, entstanden nach dem Sturz des alten Regimes zahlreiche neue Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde, die meisten organisiert von politischen Parteien. So wird die Allgemeine Föderation der Irakischen Gewerkschaften (GFOUI) vom Obersten Rat der islamischen Revolution SCIRI und der Dawa-Partei geleitet - zwei der Parteien, die die aktuelle Übergangsregierung stellen - und der Irakische Gewerkschaftsbund IFTU von der Kommunistischen Partei sowie der Partei des ehemaligen Interimspremier Ijad Allawi. Der IFTU ist zudem eng verbunden mit dem Kurdischen Arbeitersyndikat, das von den beiden kurdischen, mit den US-Besatzern verbündeten Parteien PUK und KDP kontrolliert wird.

IFTU wurde als einziger Gewerkschaftsverband von der Besatzungsmacht offiziell anerkannt und konnte sich Nachlass und Mitgliederlisten des alten Gewerkschaftsbundes sichern. Diese sind die Basis für die angebliche Stärke von über 200.000 Mitgliedern der von oben gegründeten und aufgebauten Föderation.

US-kritisch hingegen sind die Allgemeine Föderation Irakischer Gewerkschaften GFITU und die Föderation der Arbeiterräte und Gewerkschaften in Irak (FWCUI), die von der Kommunistischen Arbeiterpartei geführt wird und zu der auch die sehr aktive Arbeitslosengewerkschaft gehört. Beide Föderationen lehnen die Besatzung ab.

Die GFITU gilt als ideologische Nachfolgeorganisation der einstigen Einheitsgewerkschaft GFTU. Personell gibt es allerdings nicht mehr viel Gemeinsamkeiten. Ihr früherer Generalsekretär war beispielsweise Mitbegründer der schiitischen GFOUI.

Die unabhängigen Öl-Gewerkschaften

Daneben entstanden aber auch eine Reihe starker unabhängiger Gewerkschaften. Die aktuell bedeutendste ist die Allgemeine Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor GUOE, mit Sitz in Basra. Die GUOE, die auch Basra Ölgewerkschaft genannt wurde, hat ihre Wurzeln in der Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft, die bereits im April 2003, zwei Wochen nach Einmarsch der Besatzungstruppen, in Basra gegründet wurde.

Sie ist nun ein Zusammenschluss mehrerer Gewerkschaften aus der Energiebranche, in denen über 23.000 Beschäftigte aus den neun irakischen Konzernen organisiert sind, die im Südirak den Ölsektor bilden.

Auch wenn die Aktivisten verschiedenen Parteien angehören können, so ist die GUOE parteipolitisch und weltanschaulich neutral. Zum Grundkonsens der Gewerkschaft gehört aber die prinzipielle Ablehnung der militärischen und wirtschaftlichen Besatzung des Landes sowie der Privatisierung allgemein. Die Ressourcen und die Industrie werden als Eigentum der irakischen Bevölkerung betrachtet. Der Reichtum des Iraks soll allen Iraker zu gute kommen, um die Armut zu beseitigen und das Land wieder aufzubauen.

Erste erfolgreiche Aktion gegen die Besatzung und die vom US-Statthalter verordneten Hungerlöhne war ein dreitägiger Streik im August 2003, weitere folgten. Es gelang schließlich die Löhne mehr als zu verdoppeln und die Übernahme der Arbeitsplätze durch Arbeiter, die von US-Konzernen ins Land gebracht wurden, zu verhindern.

Mit Solidaritätsaktionen und Proteststreiks reagierten die Gewerkschafter zudem auch auf Angriffe der Besatzungstruppen auf irakische Städte, wie Najaf und Falludscha.

"Wir unterstützen alle Arten des ehrenhaften Kampfs im Irak", so ihr Vorsitzender Hassan Juma'an Awad in einem Interview "und wir möchten, dass die Besatzung sofort aufhört. Aber wir sind gegen alle Terrorakte gegen die irakische Zivilbevölkerung durch gewisse Terrororganisationen im Irak."

Auch die mutwillige Unterteilung der Bevölkerung in Sunniten und Schiiten durch die Besatzungsmacht und ihre irakischen Hilfskräfte lehnen die Gewerkschafter ab. "Niemals zuvor gab es eine solche Trennung. Unsere Familien heirateten untereinander, wir lebten und arbeiteten zusammen. Und heute widerstehen wir gemeinsam dieser brutalen Besatzung, von Falludscha bis Najaf und Sadr City. Der Widerstand gegen die Besatzungsmächte ist ein gottgegebenes Recht der Iraker, und wir, als eine Gewerkschaft, sehen uns selbst als einen notwendigen Teil dieses Widerstandes ..."

Eines der wichtigsten politischen Ziele ist die Rücknahme der von der Besatzungsbehörde erlassenen Gesetze, die auch nach deren Auflösung in Kraft blieben. Für viele Iraker war die Rücknahme dieser, eindeutig auf die US-Interessen ausgerichteten Gesetze, einer der zentralen Gründe, im Januar wählen zu gehen. Doch können sie, selbst wenn die Übergangsregierung dies anstreben würde, aufgrund der geltenden Übergangsverfassung nicht ohne weiteres aufgehoben werden.

Am 28. Mai 2005 organisierte die GUOE in Basra eine vielbeachtete Konferenz gegen die Privatisierung des öffentlichen Sektors, auf der irakische Experten und Aktivisten und auch namhafte internationale Fachleute

sprachen. Auch Vertreter der anderen Gewerkschaftsverbände nahmen an den Diskussionen teil.

Sieht man von der FWUCI ab, die zumindest einige lokale Wahlen durchführte, hat sich keiner der parteigebundenen Gewerkschaftsverbände bisher die Mühe gemacht, seine Führung durch Wahlen zu legitimieren.

Die einzigen im Moment wirklich legitimierten Arbeiterorganisationen, so der Londoner Hochschullehrer Sami Ramadani von den "Irakischen Demokraten gegen die Besatzung" und selbst Gewerkschafter, sind daher die GUOE und ihre Mitgliedsgewerkschaften. Sie haben bekanntermaßen Wahlen durchgeführt und haben eine Satzung. Im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften, so Ramadani, sind sie vor Ort sichtbar aktiv und führen Arbeitskämpfe.

Obwohl die GUOE ihre Unabhängigkeit betont, bemüht sie sich auf lokaler Ebene um die Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften.

Über die Gewerkschaft der Südlichen Ölfelder

Ewa Jasiewicz

Die Allgemeine Gewerkschaft der Ölarbeiter in Basra hat ihre Wurzeln in der Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft. Sie wurde im April 2003 unmittelbar nach dem Beginn der Besatzung gebildet. Zunächst organisierten sich Aktivisten geheim, da sie nicht wussten, wie die Besatzungstruppen reagieren würden.

Das Ziel der Gewerkschaft war, wie Hassan Juma'a Awad es formuliert, "um für Arbeiterrechte zu kämpfen", die Beziehung zwischen den Arbeitern und dem Management der Gesellschaft "neu zu gestalten".

Hassan selbst hat 33 Jahre lang für die Südliche Ölgesellschaft, ein verstaatlichtes Unternehmen, gearbeitet. Er lebt in einem baufälligen Häuschen im ärmlichen Jhoumouria Viertel von Basra. Er ist Vater von sechs Kindern und hat Saddams Gefängnisse und Folterkammern überlebt. (Unter dem Regime war er drei Mal im Gefängnis) Hassan Juma'a führt oft den Streik der Ölarbeiter im Süden gegen die Leitung der Basra Ölgesellschaft in den 1950ern als Beispiel für die Macht an, die die Ölarbeiter einmal im Irak hatten, bevor das Baath Regime die Arbeiterorganisationen zerschlug.

1987 wurden die Gewerkschaften aufgelöst und alle Arbeiter zu öffentlichen Bediensteten gemacht. Staatlich geführte Gewerkschaften wurden eingerichtet und handelten als Instrumente der Überwachung und Unterdrückung. Ältere Generationen wissen noch die Bedeutung des Wortes Gewerkschaft und wie es, sich in einer wirklichen Arbeiterorganisation zu organisieren. Doch jüngere Arbeiter sind sich noch nicht klar darüber, wozu eine Gewerkschaft fähig sein kann und wozu sie selbst fähig sind, wenn sie sich für ihre eigenen Interessen zusammenschließen. Als Hassan in Großbritannien war, war einer seiner wichtigsten Wünsche zu

erfahren, wie Gewerkschaftsaktivisten organisatorische und koordinierende Fähigkeiten erlernen können.

Die Allgemeine Gewerkschaft der Ölarbeiter in Basra, oder wie sie auch genannt wird, die Basra Ölgewerkschaft, ist ein Zusammenschluss von Ölgewerkschaften. Sie vertritt 23 000 Mitglieder in zehn energiebezogenen Gewerkschaftsräten, die in den neun verschiedenen irakischen - Gesellschaften aktiv sind, die in Basra, Amara und Nassiryah den Ölsektor bilden.

Die Südliche Ölgesellschaft ist die größte Ölgesellschaft im Irak. Die noch unentdeckten Ölreserven, von denen man annimmt, dass sie die saudi-arabischen Reserven übertreffen, liegen vorwiegend im Süden. Die anderen Gesellschaften in diesem Gebiet sind: die Südliche Gasgesellschaft, die irakische Förder-Gesellschaft, die Öltransport-Gesellschaft, die Gasverpackungs-Gesellschaft, die Ölproduktions-Gesellschaft, die Ölprojektgesellschaft und die Ölpipeline-Gesellschaft.

Ihrem Selbstverständnis nach ist die Basra Ölgewerkschaft eine unabhängige Gewerkschaft. Das heißt sie steht unter keinem Einfluss oder Kontrolle irgendeiner politischen Partei. Sie gehört keinem der irakischen Gewerkschaftsverbände an. Auf der lokalen Ebene gibt es aber mit allen Gewerkschaftsverbänden gute Kommunikation und Kooperation: mit dem irakischen Gewerkschaftsbund (IFTU), dem Bund der Abeiterräte und Gewerkschaften im Irak (FWCUI) und auch mit dem Allgemeinen Bund irakischer Gewerkschaften (geführt von Jabbar Tarish). Hassan hat auch Verbindungen mit Vertretern kurdischer Gewerkschaften aufgenommen.

Auch wenn Aktivisten in der Gewerkschaft Mitglieder verschiedener politische Parteien sind, so werden politische und ideologische Differenzen aus der Arbeit des Gewerkschaftsaufbaus herausgehalten. Die Gewerkschaft, das ist Konsens, soll immer und allein Arbeiterinteressen dienen und nicht den Interessen der Regierung oder irgend einer bestimmten Partei. Die Führung der Gewerkschaften wurde von den Arbeitern selbst demokratisch gewählt

Die Position der Gewerkschaft ist, dass sie gegen Privatisierung und gegen die militärische und wirtschaftliche Besatzung des Irak ist. Die Gewerkschaft sieht sich selbst in der Verantwortung, den irakischen Nationalreichtum zum Wohle aller Iraker zu verteidigen. Diejenigen die Tag für Tag arbeiten, um den Reichtum des Irak zu schaffen, sind diejenigen, die unter dem Regime getötet wurden, weil sie versuchten, sich gegen das Regime zu organisieren. Sie haben die schlimmste Überwachung und Unterdrückung als Folge ihrer kritischen und lebenswichtigen Stellung innerhalb der Wirtschaft erlebt.

Irakische Ölarbeiter wissen um ihre ausgesprochen wichtige Stellung. Sie sind der Macht, die sie als kollektive Kraft ausüben können, bewusst. Die Gewerkschaft ist der Auffassung, dass der Reichtum des Iraks zum Nutzen aller Iraker, vom Norden bis zum Süden, genutzt werden sollte, um Armut der Menschen zu beseitigen und das Land wirtschaftlich und sozial wieder aufzubauen. Die Gewerkschaft weiß, dass der Blick der amerikanischen fundamentalistischen Kreuzritter des Freien Marktes fest auf die irakische Ölindustrie gerichtet ist und das seit den 1970ern Jahren.

Über die Gewerkschaft der Südlichen Ölfelder

Eine der ersten Abwehraktionen gegen die Besatzung und die Verordnung von Hungerlöhnen durch die Bremer Administration war ein dreitätiger Streik am 10. August 2003. Für die Ölarbeiter und die gewerkschaftliche Führung war es zudem wichtig, das Fachwissen über die Funktionsweise der Ölindustrie in Händen irakischer Arbeiter zu behalten. Von Anfang an vertrieben die Arbeiter daher auch die Beschäftigten des US-Ölkonzerns Kellogg Brown and Root (KBR) aus den Betrieben. Sie wussten, dass diese vom Pentagon geschickt und ein wesentlicher Teil der Besatzung waren. KBR aus den Betrieben auszusperren, war ein Weg dieses Fachwissens vor Übernahme und Ausbeutung und die Kontrolle der Arbeiterkontrolle über den Betrieb zu sichern.

Im Januar 2004 gewannen die Ölarbeiter mit Streikaktionen und wiederholtem Druck auf die Besatzungsbehörden einen wichtigen Kampf für höhere Löhne. Im September 2003 hatte Vizekönig Paul Bremer die "Order No. 30" über Löhne und Arbeitsbedingungen erlassen. Den Ölarbeitern im Süden des Irak gelang es, die untersten zwei Gruppen der 11 stufigen Lohntabelle zu streichen. Gegenüber dem angeordneten Mindestlohn von 69,000 ID beträgt der niedrigste Lohn jetzt 102,000 ID. (mit Risiko- und Ortszuschlägen steigt er auf 150,000 ID).

Die "Order No. 30" war einer von 100 Erlassen, d.h. de- facto Gesetzen, die allesregelten, von Verkehrsregeln bis zu ausländischen Investitionen und dem Status der Besatzungssoldaten. Rechtsexperten sind der Ansicht, dass sie illegal sind, da die Haager und die Genfer Konventionen, zu deren Signatarmächten die USA und Großbritannien zählen, es Besatzungsmächten verbietet, das Rechtssystem eines Landes zu ändern, seine Wirtschaft neu zu ordnen und staatliches Vermögen und Eigentum zu verkaufen.

Bremers Befehle wurden als Verwaltungsanordnungen (Civil Adminstration Law) von der Besatzungsbehörde, (Coalition Provisional Authority - CPA) ausgegeben. Im Juni 2004 wurde die CPA formal aufgelöst, das Administrative Law besteht aber heute noch, trotz Massenopposition und einer Fatwah des Ayatollah Sistani. Iraker, die in diesem Januar zur Wahl gingen, nannten immer wieder die Rücknahme der Bremer Gesetze als einen der zentralen Gründe dafür, zu versuchen, eine Regierung ins Amt zu wählendie neue Gesetze machen könnteund eine Verfassung, die den Bedürfnissen des irakischen Volkes entspricht. Die Auffassung ist weit verbreitet, dass Bremers Gesetze US-Interessen dienen. Sie sind das Mittel, mit der der Privatisierung der irakischen Wirtschaft Tür und Tor geöffnet wird, sie schützen ausländische Soldaten und Geschäftsleuten vor strafrechtlicher Verfolgung, verbieten weiterhin Gewerkschaften und kriminalisieren Demonstrationen und freie Meinungsäußerungriminalisiert

Die Allgemeine Gewerkschaft die Ölarbeiter in Basra ist immer noch eine "illegale" Gewerkschaft, da sie von der Regierung noch nicht offiziell anerkannt ist. "Wir erhalten unsere Legitimität von den Arbeitern und nicht von der Regierung" stellt Hassan fest.

Ein Schlüsselprobleme aller neuen irakischen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist die Überwindung der Isolation. Verbindungen zum Internet und Zugang zu unabhängigen Medien und Zeitungen mit unzensierten Nachrichten werden von der Regierung und durch unerschwinglich teure Internetcafes und knappe Netzzugänge eingeschränkt. Im Durchschnitt kostet eine Stunde im Internet 2000 irakische Dinar (etwa 1.50 $). Das ist ein Tageslohn für viele Arbeiter und man kann dafür 40 Stück Fladenbrot kaufen - genug um die Kinder einer fünfköpfigen Familie eine ganze Woche zu ernähren.

Die Allgemeine Gewerkschaft der Ölarbeiter in Basra braucht massive Unterstützung. Der Kampf der irakischen Ölarbeiter gegen die Privatisierung ihrer Industrie und der nationalen Ressourcen dient all denjenigen, die für ein Ende des Krieges und der fortgesetzten Besatzung des Irak kämpfen, all denen, die sich zusammenschließen im Kampf gegen gigantische Konzerne, gegen Besatzungstruppen, gegen neo-koloniale Regime und Regierungen und gegen den Kapitalismus selbst, dem treibenden System hinter diesem Krieg. Unsere Solidarität mit den irakischen Ölarbeitern könnte diesen Krieg zu Ende bringen.

Übersetztung: Stefanie Haenisch, Attac-AG Globalisierung und Krieg - Frankfurt, stefanieht@gmx.de

Der andere irakische Widerstand

Greg Muttitt, 3. Juni 2005

Angesichts der täglichen Berichte über Autobomben und Entführungen fällt es schwer, die Entwicklung im Irak optimistisch zu sehen. Letzte Woche allerdings habe ich im Süden des Landes eine völlig andere Geschichte gehört. Die Geschichte einer Bewegung, die sich zusammengetan hat, um die Wirtschaft und den Stolz des Landes wieder aufzubauen, die einen Irak schaffen möchte, der weder geprägt ist von Saddams Tyrannei noch von den Plünderungen der militärischen Besatzung.

Letzte Woche erlebte Basra seine erste Konferenz über die drohende Privatisierung, auf der Ölarbeiter, Akademiker und internationale Gruppen der Zivilgesellschaft zusammen kamen. Die Diskussionen drehten sich um eine Sache, die Iraker immer leidenschaftlich verfolgen: das Eigentum und die Kontrolle der irakischen Ölreserven.

Organisiert war die Konferenz von der Allgemeinen Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor (General Union of Oil Employees), GUOE, die sich im Juni 2004 gegründet und mittlerweile 23.000 Mitglieder hat. Ihr Hauptziel war es, die Arbeiter für die Reparaturen der Ölförderanlagen zu organisieren, damit die Produktion nach dem Chaos der ersten Besatzungsmonate endlich wieder funktionierte. Dabei legte sie ihren Schwerpunkt ebenso auf allgemeine Interessen der irakischen Öffentlichkeit wie auf die speziellen Interessen ihrer Mitglieder.

Diese Anstrengung der Arbeiter erforderte sowohl Mut als auch beträchtlichen Erfindungsreichtum - sie waren oft sowohl mit den Koalitionstruppen als auch mit den Überresten des Baath-Regimes in Konflikt, und sie mussten gleichzeitig eine funktionierende Ölindustrie mit minimalen Ressourcen wieder aufbauen.

Auch in der Instandhaltung der Anlagen waren die irakischen Arbeiter ihren Kollegen aus den privaten Firmen weit überlegen. Bei meinem Rundgang durch die Raffinerie von Basra zeigte ich auf die leckenden, rostigen Teile überall und fragte den Manager, ob viele Unfälle aufgrund von Materialversagen unter hohem Druck gäbe. Er antwortete mir, Unfälle seien sehr selten, weil die gesamte Anlage unablässig überprüft werde. "Ein irakischer Raffineriearbeiter empfindet die Anlage als Teil von sich", sagte er.

Vergleichen Sie das mit dem katastrophalen Sicherheitsbericht der britischen und amerikanischen Raffinerien. Dort sind die Hauptursachen für die ständigen Unfälle die völlig unzureichende Wartung und die fehlenden Inspektionen, woran wiederum die drastische Verringerung des Arbeitspersonals schuld ist.

Die Besatzungstruppen und ihre Verbündeten in der irakischen Regierung sehen das allerdings anders. Ihre Pläne für eine durchgreifende Änderung auf dem irakischen Ölsektor sind fertig, und sie laufen darauf hinaus, den westlichen Ölmagnaten zum ersten Mal seit 1972 Zugang zu den irakischen Reserven zu gewähren.

Aber damit stehen sie vor einer Herausforderung. Dass die Arbeiterschaft wohl fähig ist, die Industrie am Laufen zu halten, hat sie schon gezeigt, und sie ist ebenso in der Lage gewesen, sie still zu legen, als sie durch die herrschenden Autoritäten bedroht war.

Im August 2003 organisierten die Arbeitergewerkschaften einen Streik, der die gesamte Produktion im Südirak für zwei Tage lahm legte. Die daraus resultierende Verhandlungsstärke war beeindruckend, wobei die Gewerkschaften - die sich später zur GUOE vereinigten - erfolgreich darauf drängten, dass die ausländischen Arbeiter durch irakische ersetzt wurden, dass die Rolle der US-Firmen beim Wiederaufbau reduziert wurde und dass die Löhne auf ein Niveau gehoben wurden, mit dem der Lebensunterhalt bestritten werden kann.

Die Ansichten der GUOE über die Privatisierung sind kompromisslos. Wie es ein Ölarbeiter mir gegenüber ausdrückte: er und seine Kollegen haben ihre Industrie nach der Zerstörung in drei Kriegen wieder auf gebaut, und zwar gegen extremen Widerstand. Das Ergebnis davon ist ein tiefes Gefühl, dass es sich um ihr Eigentum handelt, das sie nicht bereitwillig aufgeben werden.

Greg Muttitt macht Recherchen für PLATFORM, eine Organisation, die Kampagnen für soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit macht.

Original: *Iraq's other resistance - Oil workers in Basra are ready to fight privatisation*
URL: http://www.guardian.co.uk/comment/story/0,3604,1498155,00.html

Übersetzung: Annette Schiffmann

Abschlusskommuniques der Basra Konferenz über die Privatisierung des öffentlichen Sektors

Ibrahim Muhammad Radiy, Faruq Muhammad Sadiq, Dr. `Abd al-Jabbar al-Hilfi, Falih `Abbud `Amarah, Hasan Jum`ah `Awwad

"Wa-inna li-`l-insan illa ma sa`a wa inna sa`i-hi saufa yura" Sadaq allahu al-`ali al-`azim Aus dem heiligem Koran: "Wahrlich, die Menschen haben nur das, was sie sich erarbeiten und ihre Arbeit wird gesehen werden." ODER "Die Menschen haben nur das, wofür sie kämpfen und ihre Anstrengungen werden gesehen werden."

An das Parlament, die irakische Regierung, das Ministerium für Öl und das Ministerium für Industrie:

Die Allgemeine Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor (The General Union of Oil Employees) in Basra hat vom 25. bis 26. Mai 2005 im Auditorium des Kulturzentrums des Ölsektors ihre erste wissenschaftliche Konferenz zum Thema der Privatisierung des öffentlichen Sektors abgehalten. Die Konferenz fand unter dem Banner "Den öffentlichen Sektor wiederbeleben und einen Irak ohne Privatisierungen aufbauen!" statt. Sechzehn Studien wurden in den Sitzungen der Konferenz präsentiert und diskutiert, acht Studien von ProfessorInnen der Universität in Basra, vier Studien von Persönlichkeiten aus dem Ölsektor und vier Studien von VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus den USA und England.

Die Studien und Debatten und die Meinungen, die im Laufe der Konferenz geäußert wurden, haben zu folgenden Schlüssen und Empfehlungen geführt:

1. Der öffentliche Wirtschaftssektor Iraks ist eines der Symbole für die Errungenschaften des Irak seit der Revolution am 4. Juli 1958. Er represäntiert das gemeinsame Vermögen aller IrakerInnen, die diesen Sektor aufgebaut haben. Daher ist es nicht zulässig, dass ein Ministerium oder eine andere Partei in diesem Sektor Veränderungen vornimmt, ohne das Volk dazu zu befragen, sei es über das Parlament oder durch ein generelles Referendum.

Über den Ölsektor könnte gesagt werden, dass die irakische Wirtschaft und das irakische Volk durch zwei Lungen atmen: im Norden die Northern Oil Company - welche aus bekannten Gründen so gut wie nicht funktioniert - und die Southern Oil Company. Kurz gesagt atmen die Wirtschaft und die Bevölkerung derzeit nur mit einer Lunge. Daher sehen es die TeilnehmerInnen der Konferenz als unfassbar an, dass an dieser Struktur, die so zentral für das Leben aller IrakerInnen ist, herumgepfuscht wird.

2. Wenn bestimmte staatliche Industrieanlagen unter Schwierigkeiten und Defekten leiden, so gibt es eine Vielzahl möglicher Lösungen und Mittel, vor allem in Bezug auf Maschinen, Technologie und menschliche Ressourcen, die gebraucht werden, um diese Anlagen zu erneuern. IrakerInnen haben die Kapazität, diese Arbeit zu leisten, wenn ihnen die Chance dazu gegeben wird.

3. Die derzeitigen Verhältnisse im Irak sind geprägt durch den Mangel an einer stabilen politischer Infrastruktur und einem klar definierten wirtschaftlichen Systems, auf die sich die Menschen verlassen können. Da dies so ist, sind die TeilnehmerInnen der Konferenz der Überzeugung, dass die Privatisierung des Öls und des industriellen Sektors, oder einzelner Teile davon, dem irakischen Volk und seiner Wirtschaft großen Schaden zufügen wird.

4. Wir machen das Parlament, als Repräsentant des irakischen Volkes, dafür verantwortlich, das Vermögen und die Errungenschaften, die das irakische Volk in langen Kämpfen erreicht hat, zu bewahren. Die TeilnehmerInnen der Konferenz rufen die Mitglieder des Parlaments dazu auf, als VertreterInnen des Volkes alle eine klare Position gegen die die politischen Strömungen und Direktiven zu beziehen, die zur Privatisierung des öffentlichen Sektors im Irak aufrufen. Es müssen die Ansichten des irakischen Volkes sein, die in dieser

lebenswichtigen Frage entscheiden.

5. Die KonferenzteilnehmerInnen rufen alle Staaten dazu auf, die abscheulichen Schulden, die das alte Regime gemacht hat, zu erlassen, ohne Bedingungen zu stellen und ohne die Unabhängigkeit, Souveränität und wirtschaftliche Selbstbestimmung des Irak zu verletzen.

Wa-allahu al-muwaffiq

Das Präsidialkomitee der Konferenz
Die erste Konferenz über Privatisierung, Basra 26th May 2005

Übersetzung: Heidi Niggemann

Verlasst unser Land jetzt!

Hassan Juma'an Awad

Unter der Diktatur von Saddam Hussein lebten wir in finsteren Zeiten. Als das Regime fiel wünschten sich die Menschen ein neues Leben: ein Leben ohne Fesseln und Terror; ein Leben in dem wir unser Land wieder aufbauen und seinen natürlichen Wohlstand genießen könnten. Stattdessen wurde unsere Gemeinden mit Chemikalien und Streubomben angegriffen und unsere Mitmenschen gefoltert, vergewaltigt und in unseren Häusern getötet.

Saddams Geheimpolizei kroch gewohnheitsgemäß des Nachts über unsere Dächer und drangen in unsere Häuser, Besatzungstruppen brechen jetzt am helllichten Tage unsere Türen auf. Die Medien zeigen nicht einmal einen Bruchteil der Verwüstung, die über den Irak gekommen ist. Journalisten, die es wagen, die Wahrheit über das Geschehene zu berichten wurden durch die Terroristen entführt. Dies dient den Zielen der Besatzung, die darauf aus ist, Zeugen ihrer Verbrechen zu eliminieren.

Bald nachdem britische Besatzungstruppen Basra besetzt hatten, begannen Arbeiter in den südlichen Ölfeldern des Irak sich zu organisieren. Wir gründeten unsere Gewerkschaft, die Southern Oil Company Union (die Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft), nur 11 Tage nach dem Fall von Bagdad im April 2003. Als die Besatzungstruppen beiseite traten und gestatteten, dass die Krankenhäuser, Universitäten und öffentlichen Verwaltungseinrichtungen von Basra angezündet und geplündert wurden, während sie lediglich die Ölfelder und das Ölministerium verteidigten, wussten wir, dass wir es mit einer brutalen Macht zu tun hatten, die ihren Willen ohne Rücksicht auf menschliches Leiden durchsetzen würde. Von Anfang an gab es für uns keine Zweifel, dass die USA und ihre Verbündeten gekommen waren, um die Kontrolle über unsere Ölvorräte zu übernehmen.

Die Besatzungsverwaltung hat viele der unterdrückenden Gesetze aus Saddams Zeiten beibehalten, einschließlich der Richtlinie von 1987, die uns grundlegender gewerkschaftlicher Rechte beraubte, einschließlich des Rechts zu streiken Bis heute haben wir keine offizielle Anerkennung als Gewerkschaft, obwohl wir 23.000 Mitglieder in 10 Öl- und Gasunternehmen in Basra, Nassirya und bis zur Anbar Provinz

haben. Wir beziehen unsere Berechtigung jedoch von unseren Mitgliedern, nicht von der Regierung. Wir glauben, dass Gewerkschaften tätig sein sollten, ohne Beachtung der Wünsche der Regierung, bis das Volk endlich in der Lage ist eine wirklich verantwortliche und unabhängige irakische Regierung zu wählen, die unsere Interessen vertritt und nicht die des amerikanischen Imperialismus.

Unsere Gewerkschaft ist von jeglicher politischen Partei unabhängig. Die meisten Gewerkschaften in Großbritannien scheinen sich nur einer Gewerkschaftsföderation im Irak bewusst zu sein, der vom Regime autorisierten Irakische Gewerkschaftsföderation (IFTU). Deren Präsident Ramin Awadi ist der stellvertretende Führer der von den USA eingesetzten Partei von Ayad Allawi. Die Führerschaft der IFTU ist aufgeteilt zwischen der regierungstreuen Kommunistischen Partei, Allwais Iraqi National Accord und deren Satelliten. Tatsächlich gibt es noch zwei weitere Gewerkschaftsföderationen, die mit politischen Parteien verbunden sind und dann noch unsere eigene Organisation.

Unsere Gewerkschaft hat bereits gezeigt, dass sie sich gegen eine der mächtigsten US-Gesellschaften, Dick Cheneys KBR, behaupten kann, die versuchte unsere Arbeitsplätze unter dem Schutz der Besatzungskräfte zu übernehmen.

Wir drückten sie raus und zwangen ihren kuwaitischen Subunternehmer, Al Khourafi, 1.000 der 1.200 Angestellten, die sie mitgebracht hatten, gegen irakische Arbeiter auszutauschen, unter denen eine Arbeitslosigkeit von 70 % herrscht. Wir bekämpften auch den Besoldungsplan des USA-Vizekönigs, Paul Bremer, welcher diktierte, dass die im irakischen öffentlichen Dienst Tätigen ID 69.000 (= US $ 35) pro Monat bekommen sollten, wohingegen den ausländischen Söldnern bis US $ 1.000 pro Tag gezahlt wurden. Im August 2003 streikten wir und brachten die gesamte Ölproduktion für drei Tage zum Stillstand. Als ein Ergebnis hatte die Besatzungsverwaltung die Löhne auf mindestens ID 150.000 anheben müssen.

Wir betrachten es als unsere Pflicht die Vorräte des Landes zu verteidigen. Wir sind dagegen und lehnen alle Versuche ab, unsere Ölindustrie und Naturschätze zu privatisieren. Wir betrachten diese Privatisierung als eine Art Neo-Kolonialismus, als einen Versuch eine dauerhafte wirtschaftliche Besatzung in Folge der militärischen Besatzung aufzuzwingen.

Die Besatzung hat mutwillig eine religiöse Trennung von Sunniten und Schiiten erzeugt. Niemals zuvor gab es eine solche Trennung. Unsere Familien heirateten untereinander, wir lebten und arbeiteten zusammen. Und heute widerstehen wir gemeinsam dieser brutalen Besatzung, Falludschah bis Nadschaf bis Sadr City. Der Widerstand gegen die Besatzungsmächte ist ein gottgegebenes Recht der Iraki, und wir, als eine Gewerkschaft, sehen uns selbst als einen notwendigen Teil dieses Widerstandes – selbst wenn unser Kampf darin besteht, unsere industrielle Arbeitskraft, unsere kollektive Stärke als Gewerkschaft und als Teil der Zivilgesellschaft einsetzen, welche wachsen muss, um sowohl die immer noch starken Eliten der Saddamgefolgschaft als auch ausländische Besatzung unseres Landes zu besiegen.

Bush und Blair sollten sich daran erinnern, dass die irakischen Wahlteilnehmer des letzten Monats ebenso feindselig der Besatzung gegenüber stehen wie die, die die Wahl boykottierten. Jene, die behaupten die Arbeitsklasse des Irak zu vertreten, während sie danach rufen, dass die Besatzung noch etwas länger andauern solle, weil sie einen „Bürgerkrieg befürchten“, sprechen in Wahrheit nur für sich selbst und der Minderheit von Iraki, deren Interessen von der Besatzung abhängen.

Wir als Gewerkschaft fordern den Abzug der ausländischen Besatzungskräfte und den Abbau ihrer Militärbasen. Wir wollen keinen Zeitplan, das ist nur eine Verzögerungstaktik. Wir werden unsere Probleme selbst lösen. Wir sind Iraki, wir kennen unser Land und wir können für uns selbst sorgen. Wir haben die Mittel, die Fähigkeiten und die Ausstattung zum Wiederaufbau und zur Erschaffung unserer eigenen demokratischen Gesellschaft.

Hassan Juma'a Awad ist der Generalsekretär der irakischen Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft und Vorsitzender der Gewerkschaft der Ölarbeiter in Basra.

Quelle: http://www.guardian.co.uk/comment/story/0,3604,1417222,00.html
Ehrenamtliche ÜbersetzrInnen : Paul WOODS und Heike REAGAN, coorditrad@attac.org

Irakische Ölarbeiter werden das Öl des Lands verteidigen

David Bacon: Interview mit Hassan Juma'a Awad

Frage: Wie war die Gewerkschaft der Southern Oil Company organisiert?

Antwort: Zwei Wochen, nachdem die Besatzungstruppen am 9. April 2003 in Basra einmarschiert waren, trafen sich irakische Aktivisten aus der Ölindustrie, um die Gewerkschaftsarbeit neu zu organisieren. Erst mal mussten wir mit der Verwaltung zurecht kommen, die von den Besatzungsmächten eingesetzt worden war. Darüber hinaus befürchten wir, dass die Besatzung vor allem den Zweck hat, die Ölindustrie zu kontrollieren. Wir wussten, wenn wir uns nicht organisierten, würden wir nicht in der Lage sein, unsere Industrie zu schützen, um die wir uns seit Generationen gekümmert hatten. Es war unsere Pflicht als irakische Arbeiter, die Ölanlagen zu schützen, denn sie sind das Eigentum des irakischen Volkes, und wir sind sicher, dass die USA und die internationalen Gesellschaften hergekommen sind, um sich der Ölreserven des Landes zu bemächtigen.

Wir sind trotz der britischen Besatzung in der Lage gewesen, die erste Öl-Industrie-Gewerkschaft im Bergesseya-Gebiet seit Saddams Terror-Regieme aufzubauen, und diese Arbeit haben wir in Basra und im Süden des Landes fortgesetzt. Inzwischen haben wir Arbeiterverbände in 23 Gebieten des Südirak und eine kleine Konferenz in Basra organisiert. Die Öl-Unternehmen im Süden haben undgefähr 90% der Ölreserven , und wir vertreten über 23.000 Arbeiter. Eine Gewerkschaft für Ölarbeiter zu organisieren war weder einfach, noch war es im Sinne der Besatzungskräfte. Sie betrachteten uns als Gefahr und taten ihr Möglichstes, um uns aufzuhalten.

Frage: Warum?

Antwort: Weil ihnen klar ist, dass organisierte Arbeiter eine Macht haben, mit der sie sich auseinander setzen müssten. Es würde sie dazu zwingen, ihre Pläne aus den Anfängen der Besatzung zu ändern.

Frage: Welche Probleme musste die Gewerkschaft überwinden?

Antwort: Die Arbeiter haben nicht bekommen, was ihnen zustand. Die Besatzungskräfte haben die Verordnung Nummer 30 für Löhne im öffentlichen Sektor erlassen, nach der das Gehalt eines Arbeiters 69.000 Dinar im Monat betragen würde - das entspricht ungefähr 35 Dollar, extrem niedrig also, während die Inflation und die Lebenshaltungskosten sehr hoch sind.

Die irakischen Ölreserven sind die zweitgrößten der Welt. In dieser Situation fragten wir uns: wie kann das sein, dass die Arbeiter in unserer Ölindustrie mit einem Lohn von 35 Dollar abgespeist werden sollen? Es stellte sich heraus, dass die amerikanische Verwaltung nicht gewillt war, mit uns eine Einigung zu erzielen, sodass wir am 13. August den Streik ausriefen. Nach einem kurzen Streik schafften wir eine Erhöhung des Gehalts auf 150.000 Dinar, also ungefähr 100 Dollar.

Das ist für uns erst der Anfang - ein Anfang des Kampfes zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Und wir haben es geschafft, dass die amerikanische Firma KBR ihre Arbeiter komplett von unseren Anlagen abgezogen hat.

Frage: Haben die Entscheider sich deshalb geweigert, mit den Gewerkschaften zu reden, weil sie das Gesetz von 1987 im Auge hatten, nach dem Gewerkschaften im öffentlichen Sektor verboten sind?

Antwort: Ja. Wir hatten Probleme, weil sie immer wieder darauf bestanden, dass wir kein Recht hätten, die Ölarbeiter zu vertreten. Aber was uns betraf - wir brauchten sie nicht für unsere Rechtfertigung, denn wir waren von den Arbeitern gewählt. Das ist die einzige Rechtfertigung, die wir brauchen.

Frage: Und wie haben Sie es geschafft, dass die Regierung doch mit Ihnen gesprochen hat?

Antwort: Es war der Druck des Streiks, der die amerikanische Verwaltung schließlich dazu gebracht hat ihre Meinung zu ändern. Sie hatten keine andere Wahl als das Lohnniveau zu heben. Es ist uns gelungen, die beiden niedrigsten Lohngruppen abzuschaffen, was die Löhne vieler Arbeiter verdoppelte.

Der Lebensstandard ist gestiegen, sogar im Vergleich zu Saddam Hussein's Zeiten. Inzwischen bekommt ein Arbeiter mit 20jähriger Erfahrung ungefähr 420.000 Dinar, also ungefähr 300 Dollar. Damit sie mal einen Vergleich haben: ein Hühnchen auf dem Markt kostet 300 Dinar, also 1 Dollar.

Frage: Was halten die Mitglieder der Ölarbeitergewerkschaft von der Besatzung?

Antwort: Auf allen Treffen, die wir mit Arbeitern der gesamten Industrie abgehalten haben, haben wir von fast jedem gehört, dass er ein sofortiges Ende der Besatzung und den sofortigen Rückzug der Besatzungstruppen möchte.

Frage: Machen Sie sich Sorgen um Ihre Sicherheit, wenn die Besatzung jetzt endet?

Antwort: Nein. Wir haben kein Problem damit, weil wir sehr gut in der Lage sind, auf uns selber aufzupassen und für unsere Sicherheit zu sorgen.

Frage: Wenn die Besatzungstruppen abziehen würden, bestünde dann nicht die Gefahr von Überfällen von Aufständischen auf die Gewerkschafter, so wie es ja auch in Bagdad geschehen ist?

Antwort: Das könnte schon passieren, aber wir müssen unsere Probleme selber lösen.

Frage: Welche Art von Regierung wünschen Sie sich?

Antwort: Wir möchten eine Regierung, die die nationalen irakischen Bewegungen repräsentiert. Sie sollte allen Ländern freundlich gesonnen sein, ganz besonders denen, die gegen diesen Krieg waren.

Frage: Welche Haltung hatten die Mitglieder gegenüber den Wahlen im Januar? Haben viele Arbeiter gewählt?

Antwort: Wir haben keinerlei Empfehlungen ausgesprochen. Es war jedem selbst überlassen teilzunehmen oder nicht. Aber sehr viele der Arbeiter haben gewählt - ich schätze mal, es waren so 80%. Sie wählten eine Reihe verschiedener Parteien - entweder entsprechend ihrer Bildung oder entsprechend ihrer persönlichen Neigungen.

Frage: Wie könnte eine von der Bevölkerung gewählte Regierung im Irak an die Macht kommen?

Antwort: Ich glaube nicht, dass es innerhalb der nächsten sechs Monate irgendwelche großen Entwicklungen geben wird. Jede Regierung, die jetzt gewählt wird, hat erst mal eine Menge Probleme zu bewältigen. Sie muss eine neue Verfassung schreiben, und sie muss die Gesetze von Saddam Hussein abschaffen.

Die nächste Regierung sollte nicht nur die Sicherheit der irakischen Bevölkerung garantieren, sondern die Privatisierung der Industrie verhindern. Wir sind sehr stark gegen die Privatisierung, insbesondere die der Ölindustrie. Diese Industrie gehört uns. Wir wollen keine neue Kolonisierung unter dem Deckmantel der Privatisierung, bei der internationale Firmen die Kontrolle über das Öl übernehmen.

Der Tag wird kommen, an dem die Besatzungstruppen gehen. Der Zeitplan der USA sieht die Bildung einer irakischen Regierung nach den Wahlen vor. Die USA sollten dann das Land verlassen, aber ich glaube nicht daran, dass sie so einfach gehen werden. Wir sollten uns alle zusammenschließen, um Widerstand gegen die Besatzung zu leisten.

Frage: Welche Art von Unterstützung wünschen Sie sich von den Gewerkschaften in den USA?

Antwort: Wir haben 35 Jahre lang Saddams Terror erdulden müssen, also brauchen wir sehr viel Unterstützung von den Arbeitern in den USA. Ganz besonders brauchen wir Training beim Organisieren der Gewerkschaften, weil wir darin eben wenig Erfahrung haben. Und wir brauchen ihre Unterstützung beim Widerstand gegen die Privatisierung. Ihnen ist bewusst, was die Globalisierung für die Arbeiter der Dritten Welt bedeutet. Unsere Gewerkschaft ist noch ganz jung, und wir brauchen Hilfe, ganz

besonders von den Gewerkschaften, die gegen den Krieg waren.

Frage: Was halten Sie vom bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung?

Antwort: Wir unterstützen alle Arten des ehrenhaften Kampfs im Irak, und wir möchten, dass die Besatzung sofort aufhört. Aber wir sind gegen alle Terrorakte gegen die irakische Zivilbevölkerung durch gewisse Terrororganisationen im Irak. Das unterstützen wir nicht. Dagegen sind wir eben so sehr wie gegen die Besatzung. Wenn die Besatzungstruppen abgezogen sind, werden wir in der Lage sein, eine neue Demokratie aufzubauen - eine, die die Interessen der irakischen Bevölkerung vertritt, nicht die der USA.

Frage: Wie sind Ihre Beziehungen zu anderen Gewerkschaften in Basra?

Antwort: Wir haben sehr gute Beziehungen zu den anderen Handelsgewerkschaften dort. Unser Kampf ist EIN Kampf, und wir müssen gemeinsam gegen die Besatzung vorgehen. Die Gewerkschaft der Southern Oil Company ist unabhängig, und wir haben bis jetzt keine Entscheidung darüber getroffen, welchem Dachverband wir uns anschließen werden. Das werden wir auch erst entscheiden, wenn wir herausgefunden haben, welche Gewerkschaft unsere Interessen als Industriearbeiter am besten vertritt. Wir haben sehr gute Beziehungen mit allen drei Verbänden, und wir werden auch in Zukunft im Interesse unserer Arbeiter mit ihnen kooperieren.

Unser Verbandsvorstand ist Rasim Al Awad, der zweite Verband wird von Jabbar Tarish geleitet und der dritte von Felah Alwan. Einer vertritt die Kommunistische Partei Iraks, einer Allawis Partei, einer die nationalistischen Parteien. Der zweite ist eher unabhängig, schließt aber eher Vertreter der religiösen Bewegungen mit ein. Der dritte Verband vertritt die Kommunistische Arbeiterpartei. Wir sind immer noch dabei zu prüfen, welcher der drei für uns am überzeugendsten die Interessen der Arbeiter vertritt. Es gibt auch viele Gewerkschaften, die gar keinem Verband angehören. Es gibt Mitglieder bei uns, die für alle diese Parteien gestimmt haben. Für uns sind sie alle ok - alle außer den Baathisten.

Die irakische Zivilgesellschaft glaubt heute an den Pluralismus. Deshalb finden einige, dass die ehemaligen baathistischen Gewerkschaften frei arbeiten können sollten. Das könnte zu einer Wiederkehr des Baath-Regimes führen - und deshalb glaube ich, dass wir den Pluralismus begrenzen sollten. Ich halte ihn nicht für gut.

Der anstehende Kampf gegen die Privatisierung ist wichtiger als der Kampf gegen die Besatzung, denn die USA versuchen, alle Sektoren der irakischen Wirtschaft zu privatisieren. Die Haltung der Gewerkschaften dazu könnte verschieden ausfallen.

Wenn nur eine von ihnen vom Staat anerkannt wird, könnte das zu einem Problem werden. Die Baath-Gewerkschaften haben für die Regierungspolitik gearbeitet, und in unserer derzeitigen Lage könnten offiziell anerkannte Gewerkschaften das Gleiche tun. Das ist einer der Gründe, warum der Pluralismus für die irakische Gesellschaft schlecht sein könnte.

Frage: Wie ist die Lage der Hafenarbeiter in Um Quasr?

Antwort: Die Dockarbeiter in Um Quasr stehen vor großen Problemen. Die Hafenverwaltung - die Stevedoring Services of America - ist amerikanisch, nicht irakisch. Letzten Monat gab es ein Problem zwischen der Verwaltung und den Arbeitern, die ungerecht behandelt wurden. Ihre Hafenindustrie-Gewerkschaft wird von Nadam Radhi geleitet, aber die örtlichen irakischen Manager und die amerikanische Gesellschaft weigern sich, sie als Vertreter der Arbeiter anzuerkennen. Wenn das Management den Arbeitern einen angemessenen Lohn zahlen würde, gäbe es das Problem nicht. Ich war mit dem Vorsitzenden der irakischen Vereinigung der Handelsgewerkschaften, Abu Lina, in Um Quasr, um mit der Verwaltung zu verhandeln, und Abu Lina übergab ihnen einen Brief der Internationalen Hafenarbeitergewerkschaft.

Frage: Erzählen Sie uns ein bisschen über Ihre eigene Geschichte.

Antwort: Ich arbeite seit 23 Jahren als Techniker in der Southern Oil Company. Ich war einer von sehr vielen, die gegen Saddam Hussein waren, habe den Widerstand gegen sein Regime im Geheimen mit organisiert und war am Aufstand von 1991 beteiligt. Wir wollten Unabhängigkeit und wir gehörten zu keiner politischen Partei. Nach dem Beginn der Besatzung wurde ich Vorsitzender der Gewerkschaft. Ich hatte die breite Unterstützung anderer Aktivisten, weil ich mich bereits für die Rechte der Arbeiter ausgesprochen hatte. Ich wurde zum Vorsitzenden der Region Basra gewählt, und zwar in freien und demokratischen Wahlen, und schließlich zum Vorsitzenden der Gesamtgewerkschaft.

Frage: Gibt es Angriffe auf die Gewerkschaften in Basra?

Antwort: Ja, ähnlich wie im ganzen Irak. Gerade neulich wurde ein Arbeiter der Energieversorgungsanlage von einem Mitglied der Firmenverwaltung angegriffen.

Ich erwarte auch einen Angriff auf mich selbst, aber ich habe keine Angst. Ich gehe davon aus, dass die Terroristen überall angreifen werden. Einige unserer Abteilungen in Basra waren bereits ein Angriffsziel, sowohl die Arbeiter als auch die Anlagen selbst, aber bisher ist noch kein Arbeiter getötet worden. Allerdings sind drei oder vier Arbeiter bei dem Versuch getötet worden das Feuer der Bomben zu löschen. Als Hadi Saleh, der Vorsitzende der Internationalen Irakischen Handeslgewerkschaft, in Bagdad ermordet wurde, hatte ich den Eindruck, dass Saddams alte Geheimpolizei, der Mukhabharat, dafür verantwortlich sein könnte. Sie könnten anscheinend völlig frei operieren.

Übersetzung: Annette Schiffmann (Anna.Schiff@t-online.de)

Widerstand gegen den wirtschaftlichen Krieg im Irak

Greg Muttitt
Corporate Watch, Newsletter Issue 23 April/May 2005

Nach den Wahlen Ende Januar scheint der Weg offen zur Privatisierung der größten und wichtigsten Werte des Irak. Großbritannien und die USA betreiben ihre Politik auf der Regierungsebene sehr bedacht. Doch könnten die Arbeiter der Ölindustrie für die Besatzer des Irak ein größere Hindernis werden.

Zwei Jahre nach der Invasion des Irak kann man leicht zynisch werden. Jeden Tag werden wir mit neuen Nachrichten über Gewalt im Irak bombardiert, über die Unehrlichkeit unserer Regierung und die schnelle Privatisierung des Landes.

Das Treffen mit Hassan Jama'a Awad, dem Generalsekretär der Basra Öl Gewerkschaft [1], war für diese Gefühle ein wirkliches Gegengift. In Hassan fand ich die Quelle der Hoffnung, das die Dinge im Irak sich doch zum Besseren ändern können.

Die Basra Ölgewerkschaft, die keine politische und religiöse Anbindungen hat, ist in der größten Industrie des Irak eine machtvolle Kraft. Sie vertritt 23 000 Arbeiter in der Ölindustrie im Süden des Irak. Sie entstand aus der Gewerkschaft der Südlichen Ölgesellschaft und verbindet jetzt zehn Gewerkschaftsausschüsse in neun irakischen Ölgesellschaften aus Basra, Amara und Nassiriyah.

"Die Meinung aller (irakischen) Ölarbeiter ist, dass sie gegen Privatisierung sind", stellt Hassan fest. " Wir sehen die Privatisierung als wirtschaftlichen Kolonialismus. Die Besatzungsbehörde behauptet, dass die Privatisierung unsere Branche entwickeln würde und nützlich sei. Aber wir sehen das überhaupt nicht als Entwicklung; wir sehen in jedem Plan zur Privatisierung des Ölsektor eine große Katastrophe."

Die Souveränität über die Ölreserven ist der Schlüssel für die zukünftige Entwicklung des Irak, sagt Hassan. "Das Öl muss in den Händen der Iraker bleiben, denn Öl ist die einzige nationale Ressource mit großem Wert, die wir besitzen und unsere Wirtschaft hängt davon ab."

Während das das langfristige Ziel der Gewerkschaft ist, hat sie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder einige bemerkenswerte Erfolge erstritten.

Gleich nach ihrer Gründung zu Beginn der Besatzung, im April 2003, begann die Gewerkschaft der Südlichen Ölfelder entschlossen mit der Organisierung der Ölarbeiter, um die Macht der Arbeiter zu stärker, damit mit dem Management verhandelt werden konnte. Am 10. August des gleichen Jahres organisierte die Gewerkschaft einen Streik, mit dem drei Tage lang der Ölexport der größten irakischen Ölgesellschaft gestoppt wurde.

Im September 2003 gab der US-Verwalter Paul Bremer einen Befehl aus, der die Lohnstufen für alle Beschäftigten des öffentlichen Sektors festlege. Bremers neue Lohnskala war nicht nur auf das Niveau der Saddam Zeit abgesenkt, sie beseitigte auch entscheidende Zuschläge, wie auch Gewichtungen von Arbeit in abgelegenen Gegenden oder unter gefährlichen Bedingungen.

1. mittlerweile in "Allgemeine Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor" (General Union of Oil Employees) GUOE umbenannt.

Die niedrigste Stufe auf Bremers Lohnskala waren gerade einmal 69,000 ID (US $ 40-45) pro Monat. "Man hat bei einem solchen Lohn noch nicht einmal genug Geld, um zu essen," unterstreicht Hassan. Die Miete für ein billiges Haus kostet normalerweise 50 000 Dinar im Monat. Die SOC Gewerkschaft gab deshalb eine von ihr empfohlene Lohnstabelle heraus, die die wirklichen Lebenshaltungskosten zur Grundlage hatte.

Aus Angst vor einem weiteren Streik nahm der Regierende Rat (Gouverning Council, GC) mit der Gewerkschaft Verhandlungen auf und gab im Januar 2004 nach. Die drei untersten Lohngruppen in Bremers Skala wurden abgeschafft. Der Mindestlohn für Ölarbeiter betrug 102 000 Dinar. Außerdem wurden wieder Risiko und Ortszuschläge eingeführt, was für viele Arbeiter eine deutliche Erhöhung war.

Die SOC Gewerkschaft übte auch auf die ausländischen Ölkonzerne Druck aus. 2003 wurde eine Tochtergesellschaft von Halliburton, Kellogg Brown and Root (KBR) bestellt, um die irakischen Ölanlagen wieder aufzubauen. Im Süden beauftragte KBR die kuwaitische Baugesellschaft Al Khorafi als Subunternehmer. Sie brachte 1200 ausländische Arbeiter mit, die meisten aus Asien, obwohl es im Irak einen ungeheure Arbeitslosigkeit gibt.

Die Gewerkschaft organisierte vor den Büros von Al Khorafi eine Demonstration. Panzer der Besatzungsmächte rollten auf die Protestierenden zu. Trotzdem blieben die Tapfersten. Und in den darauffolgenden Diskussionen stimmte die Gesellschaft zu, 1000 Arbeiter durch Iraker zu ersetzen.

Der Kampf um die Kontrolle und das Eigentum am irakischen Öl dauert weiter an. Hassan macht sich keine Illusionen über die Gründe der amerikanischen und britischen Invasion seines Landes. "Als die britischen Truppen nach Basra kamen, beschützten sie die Ölanlagen, aber überließen die Krankenhäuser und Universitäten den Plünderern".

Und er fügt hinzu "Es gibt in diesem Krieg zwei Stadien. Erst die militärische Besatzung. Dann der wirtschaftliche Krieg und die Zerstörung der irakischen Wirtschaft".

Irak hat die zweitgrößten Ölreserven der Welt, aber diese waren seit den 1970ern für die westlichen Konzerne verboten. Mit dem Rückgang der Möglichkeiten anderswo, wollen die Konzerne jetzt unbedingt wieder zurück in den Irak.

Das Öl war ein Sektor, der aus den Massenprivatisierungen ausgenommen war, die 2003 und 2004 von der Besatzungsbehörde (Coalition Provision Authority) angeordnet wurden. Während Halliburton von den Besatzungsbehörden einen Vertrag für die Durchführung kurzzeitige Reparaturen an den Ölanlagen bekam, wurden die Verhandlungen für größere Ölförderverträge auf später verschoben.

Die meisten Ölkonzerne sagten, dass sie bis nach den Wahlen warten wollten, ehe sie irgend einen größeren Vertrag unterzeichnen. Sie wollten sicher zu gehen, dass sie eine rechtliche Absicherung haben, die nicht von einem internationalen Gerichtshof in Frage gestellt werden kann. Dem entspricht auch, dass der Ölminister Thamer Ghadban im Oktober 2004 in einem Interview mit der internen Zeitschrift von Shell sagte, dass 2005

das "Jahr des Dialogs mit den internationalen Ölgesellschaften" sein werde.

Die Besatzungsmächte haben ständig das Argument vorgebracht, dass der Irak Technologie, Expertise und Kapital von den westlichen Ölkonzernen braucht, um sein Öl und damit seine Wirtschaft zu entwickeln.

Doch der Irak hat eine lange Geschichte in der Ölproduktion. Er hat unter seinen Arbeitern bedeutende Fähigkeiten entwickelt. " Wir sind auch vollkommen fähig unsere eigenen Betriebe wieder aufzubauen, weil wir ein hohes Niveau an Expertise und technologischen Fähigkeiten haben" sagt Hassan. "Ja, wir wollen unsere Betriebe und Fertigkeiten entwickeln, aber wir können unsere Land ohne Privatisierung wieder aufbauen."

Während der Irak eine starke Basis an technischen Fähigkeiten hat, haben die 12 Jahre Sanktionen dazu geführt, dass nur wenig moderne Ölindustrie - Technologie vorhanden ist. Aber Hassan glaubt, dass man das bekommt, indem man ausländische Gesellschaften anstellt. (im Rahmen von sogenannten Dienstleistungsvereinbarungen, in denen der Staat als Kunde die Kontrolle hat. Solch ein Modell ist in anderen Staaten des Mittleren Ostens schon gebräuchlich. "Ich habe keine Angst für ausländischen Firmen, die hereinkommen und uns dann wieder verlassen. Unter dem Gesichtspunkt der Weiterentwicklung kann uns eine ausländische Firma mit einigen Fähigkeiten und Ressourcen versehen, aber die Leitung der Entwicklung muss vom irakischen Volk kontrolliert werden."

Diese letzte Bedingung ist es, die in Widerspruch zu den amerikanischen und britischen Plänen gerät. Wenn sie davon reden, dass Ölgesellschaften Investitionen einbringen, dann meinen sie langfristige Produktions-Verträge.

Gesellschaften wie Shell sind während der gesamten Besatzungszeit dafür eingetreten, eine Vertragsform zu nutzen, die als Production Sharing Agreements (PSAs) bekannt ist. Und es scheint , dass sie damit einen gewissen Erfolg hatten.

Im September 2004 versuchte der von den USA eingesetzte Übergangsministerpräsident Ayad Allawi den Januar - Wahlen und der Verfassungsgebung vorzugreifen, in dem er die irakische Ölpolitik selbst auf einen Weg setzte. In einer Reihe von Richtlinien, die als Grundlage einer zukünftigen Ölpolitik formuliert wurden, stellte er dar, dass alle neuen irakischen Ölreserven von ausländischen multinationalen Konzernen durch PSAs entwickelt werden sollten, und dass die nationale Ölgesellschaft, die die bestehenden Ölfelder leitet, teilweise privatisiert werden sollte. Dann bemerkte er noch, dass diese Ziele nicht im irakischen Parlament debattiert werden sollen und dass es ein langsamer Prozess sein würde.

Auch wenn die PSAs in vielen kleinen ölproduzierenden Ländern genutzt werden, gibt es sie in keinem der größeren Ölproduzenten des Mittleren Osten. Inzwischen sind in Russland (einem anderen großen Ölland), nur drei PSAs unterzeichnet, alle Anfang der 1990er. Sie sind so kontrovers, dass wahrscheinlich keine weiteren unterschrieben werden. International werden die PSAs in wachsendem Maße kritisiert, wegen des unfairen Deals für die Gastländer. Wenn der Iraks PSAs unterzeichnet, würde er unterschreiben, dass seine besten Entwicklungschancen abhanden kommen.

Hassan Juma'a und seine Kollegen sind sicher, dass sie sich weiterhin gegen solche Entwicklungen stellen werden. Wenn man ihre bisherigen Erfolge sieht, könnten die Arbeiter in der irakischen Ölindustrie diejenigen

sein, die die Pläne des Westens, sich diese Reserven unter den Nagel zu reißen, aufhalten können. Aber die große Chance für einen Erfolg der Ölarbeiter liegt in der internationalen Unterstützung.

Hassan endet mit dem Appell. "Wir hoffen, dass alle Aktivisten in England an der Seite unseres Kampfes stehen. Damit würdet Ihr dem irakischen Volk einen großen Dienst erweisen. Wir werden uns immer daran erinnern."

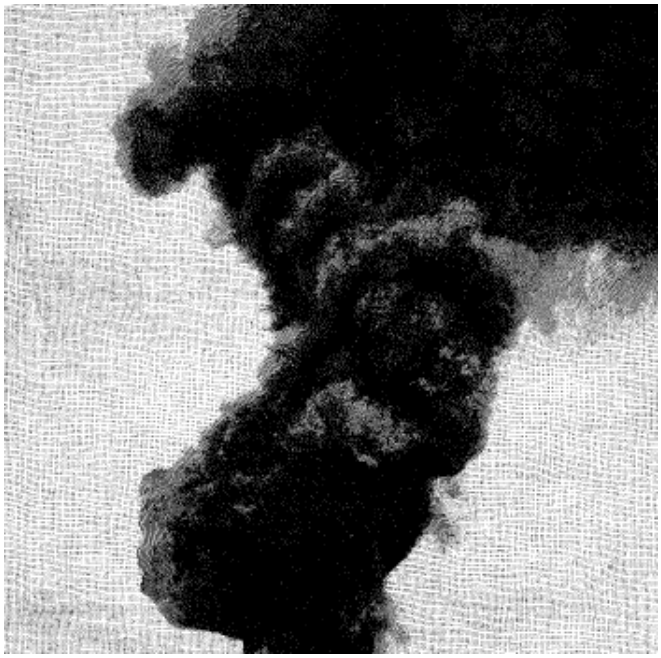
Greg Muttitt arbeitet für PLATFORM, eine Organisation, die für soziale und Umweltgerechtigkeit kämpft

Original: *Resisting the economic war in Iraq*
Quelle: http://archive.corporatewatch.org/newsletter/issue23/part13.htm
Übersetzt von Stefanie Haenisch, stefanieht@gmx.de

Bagdad im Jahr Null

Naomi Klein

Schon einen ganzen Monat war ich in Bagdad, da fand ich endlich, wonach ich gesucht hatte. Eigentlich hätte der Irak, ein Jahr nach Kriegsbeginn, mitten in einem gewaltigen Bauboom stecken sollen. Aber trotz wochenlanger Suche hatte ich zwar Panzer und Militärfahrzeuge, aber noch keine einzige Baumaschine entdeckt.



Dann sah ich ihn: einen Kran. Er war groß und gelb und eindrucksvoll, und ich dachte, da hätte ich endlich ein Stück von dem Aufbau vor mir, über den ich so viel gehört hatte. Aber im Näherkommen bemerkte ich, daß der Kran überhaupt nichts wiederaufbaute - keines der ausgebombten Regierungsgebäude, die überall in der Stadt noch in Trümmern lagen, und auch keine der vielen Stromleitungen, die immer noch nichts weiter als verschlungene Kabelhaufen waren, obwohl es bereits sommerlich heiß wurde.

Nein, der Kran hievte nur ein gewaltiges Reklameschild auf ein dreistöckiges Haus. SUNBULAH HONIG: 100 Prozent NATUR, made in Saudi-Arabia.

Ein Honigtopf, der Fliegen lockt

Beim Anblick des Schildes erinnerte ich mich an einen Ausspruch, den Senator John McCain in vergangenen Oktober getan hatte. Der Irak ist "ein riesiger Honigtopf, der eine Menge Fliegen anlockt", sagte er damals. Mit den Fliegen meinte McCain die Halliburtons, die Bechtels und die Spekulanten, die in den Irak strömten, nachdem ihnen Bradley-Kampffahrzeuge und lasergesteuerte Bomben den Weg gebahnt hatten. Und der Honig, der sie anzog, das waren nicht nur ausschreibungsfreie Aufträge und der sagenhafte Ölreichtum des Irak, es waren die unzähligen Investitionschancen in einem gerade aufgeknackten, weit geöffneten Land - nach jahrzehntelanger Abschottung, erst durch die nationalistische Wirtschaftspolitik Saddam Husseins und dann die

erstickenden UN-Sanktionen.

Die Honig-Theorie des irakischen Wiederaufbaus entspringt dem beliebtesten Glaubensartikel der ideologischen Architekten des Krieges: Gier ist gut! Gut nicht nur für sie und ihre Freunde, sondern für die ganze Menschheit, ganz gewiß aber für die Iraker, Gier erzeugt Profit, der schafft Wachstum, und das wiederum produziert Jobs, Güter, Dienstleistungen und überhaupt alles, was irgendwer braucht oder wünscht. Gute Regierungen haben also die Aufgabe, die bestmöglichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Unternehmen ihrer bodenlosen Gier frönen können, damit sie ihrerseits die Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen können.

Endlich ein Ort auf dieser Welt, wo man die Theorie in die Praxis umsetzen konnte, und zwar in ihrer unverfälschten, perfekten Form. Dieses Land mit seinen 25 Millionen Einwohnern würde nicht wiederaufgebaut werden, wie es vor dem Krieg war; es wäre ausradiert, einfach verschwunden. Statt dessen würde eine glitzernde Mustermesse der Laissez-Faire-Ökonomie aus dem Boden schießen, ein Utopia, wie es die Welt noch nicht gesehen hätte.

Paul Bremers Schocktherapie

Acht Tage nach seiner Landung auf jenem Flugzeugträger (MISSION ACCOMPLISHED"!) machte Präsident Bush sich öffentlich die Vision der Neocons zu Eigen: Der Irak sollte zum Modell eines Unternehmerstaates werden und auf diese Weise die ganze Region erschließen. Am 9. Mai 2003 schlug Bush die "Einrichtung einer amerikanisch-mittelöstlichen Freihandelszone binnen eines Jahrzehnts" vor; drei Tage später schickte er Paul Bremer nach Bagdad, um Jay Garner abzulösen, der nur drei Wochen amtiert hatte. Die Botschaft war eindeutig: Die Pragmatiker hatten verloren; der Irak würde den Anhängern der reinen Lehre gehören.

Bremer, ein zum Unternehmer mutierter Diplomat der Reagan-Ära, hatte erst kürzlich seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, Schutt in Gold zu verwandeln: Genau einen Monat nach den Anschlägen vom 11. September gründete er Crisis Consulting Practice, eine Firma, die multinationale Konzerne gegen Terrorismus-Risiken versicherte.

An der Wirtschaftsfront verfügte Bremer über zwei Statthalter: Thomas Foley und Michael Fleischer, die Köpfe der Abteilung "Entwicklung des Privatsektors" der Provisorischen Koalitionsbehörde (CPA). Foley, ein Multimillionär aus Greenwich, Connecticut, seit langem mit der Familie Bush befreundet und ein "Pionier" der Wahlkampagne Bush/Cheney, hat den Irak als einen kalifornischen "Goldrausch" unserer Tage charakterisiert. Michael Fleischer, ein veriture capitalist, ist der Bruder von Ari Fleischer, dem früheren Sprecher des Weißen Hauses. Weder Foley noch Fleischer verfügen über irgendwelche diplomatische Erfahrung.

Viele andere Posten in der CPA wurden ähnlich ideologisch besetzt. Die "Grüne Zone", diese Stadt in der Stadt,

wo in einem früheren Palast Saddam Husseins das Besatzungshauptquartier residiert, wimmelte von Jungrepublikanern, die direkt aus der Heritage Foundation kamen und allesamt mit Aufgaben betraut waren, von denen sie zu Hause nur hätten träumen können.

Paul Bremer, der vom 12. Mai 2003 der US-Besatzung im Irak vorstand, bis er am 28. Juni 2004 den ersten Morgenflug aus Bagdad erwischte und verschwand, räumt ein: "Bagdad stand buchstäblich in Flammen, als ich vom Flughafen kam." In einem einzigen heißen Sommer drückte er mehr schmerzhafte Veränderungen durch als der Internationale Währungsfonds in Lateinamerika während dreier Jahrzehnte.

Bremers erste wichtige Amtshandlung bestimmte die Tonlage seiner Politik: Er feuerte 500000 Staatsbedienstete, hauptsächlich Soldaten, aber auch Ärzte, Krankenschwestern, Lehrer, Verleger und Drucker. Als nächstes riß er die Grenzen des Landes weit auf, was völlig unkontrollierte Einfuhren ermöglichte: Keine Zölle! Keine Abgaben, keine Grenzabfertigung, keine Steuern. Zwei Wochen nach seiner Ankunft erklärte Bremer, der Irak sei jetzt open for business.

Einen Monat später enthüllte Bremer das Kernstück seiner Reformen. Vor der Invasion war die irakische Wirtschaft, außerhalb des Ölsektors, von 200 staatseigenen Unternehmen dominiert worden, die von Zement über Papier bis zu Waschmaschinen alles produzierten. Im Juni 2003 flog Bremer zu einem Wirtschaftsgipfel in Jordanien und kündigte an, diese Firmen würden unverzüglich privatisiert. "Ineffektive Staatsunternehmen in Privathand zu bringen", sagte er, "ist entscheidend für die wirtschaftliche Erholung des Irak".

Im September setzte er, um ausländische Investoren in den Irak zu locken, eine ganze Serie radikaler Gesetze in Kraft, deren Großzügigkeit gegenüber multinationalen Konzernen ohne Beispiel. ist. Da gab es den Befehl 37, der den Steuersatz für irakische Unternehmen von ungefähr 50 Prozent auf einheitliche 15 Prozent absenkte. Dann kam Order 39, der es ausländischen Firmen erlaubte, irakische Einrichtungen zu 100 Prozent zu besitzen, soweit es sich nicht um Naturreichtümer handelte. Besser noch, Investoren konnten sogar 100 Prozent der Gewinne, die sie im Irak machten, außer Landes bringen; sie mußten sie weder reinvestieren noch versteuern lassen. Order 39 autorisierte sie, Leasinggeschäfte und andere Verträge für eine Dauer von 40 Jahren abzuschließen. Und der Befehl 40 hieß ausländische Banken unter den gleichen vorteilhaften Bedingungen im Irak willkommen. Alles, was von Saddam Husseins Wirtschaftspolitik übrigblieb, war ein Gesetz zur Einschränkung der Gewerkschaften und von Kollektivverträgen. Über Nacht verwandelte sich der Irak aus dem isoliertesten Land der Welt in ihren, zumindest auf dem Papier, offensten Markt.

Als Paul Bremer die baathistische Verfassung des Irak in den Schredder steckte, vergaß er ein kleines Detail zu erwähnen: Das alles war absolut illegal. Die CPA leitete ihre rechtliche Autorität aus der im Mai 2003 verabschiedeten UN-Sicherheitsratsresolution 1483 ab, die die Vereinigten Staaten und Großbritannien als legitime Besatzungsmächte im Irak anerkennt. Diese Resolution ermöglichte es Bremer, im Irak einseitig Gesetze zu erlassen. Dieselbe Resolution stellte aber auch fest, Washington und London hätten "ihre Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere auch nach dem Genfer Abkommen von 1949 und der Haager Landkriegsordnung von 1907, voll einzuhalten". Die Konventionen bestimmen zugleich, daß eine

Besatzungsmacht "öffentliche Gebäude, Grundbesitz, Wälder und landwirtschaftliche Einrichtungen" des besetzten Landes nicht besitzt, sondern vielmehr deren "Verwalter" und Wärter ist, der ihre Sicherheit bis zur Wiederherstellung der Souveränität gewährleisten muß.

Hier lag die eigentliche Bedrohung für den "Jahr-Null"-Plan: Weil die Aktiva Iraks den USA nicht gehören, können sie diese auch nicht legal verkaufen. Und nach dem Ende der Besatzung könnte eine irakische Regierung an die Macht kommen, die beschließt, daß die Staatsunternehmen öffentliches Eigentum bleiben oder daß ausländische Firmen, wie in der Golfregion üblich, einheimische Einrichtungen nicht zu 100 Prozent übernehmen dürfen. Käme es dazu, könnten Investitionen, die nach Bremers Regeln getätigt wurden, enteignet werden, ohne daß es für die betroffenen Firmen Rechtsmittel dagegen gäbe, weil deren Investitionen von Anfang an gegen das Völkerrecht verstoßen hatten.

Bremers Privatisierungsfenster

Aber Bremer gab nicht auf. Ursprünglich hatte er dafür plädiert, die Macht einer direkt gewählten irakischen Regierung zu übergeben, aber Anfang November 2003 flog er zu einer privaten Begegnung mit Präsident Bush nach Washington und kam mit einem Plan B zurück. Danach sollte am 30. Juni 2004 offiziell die Besatzung enden - offiziell, aber nicht wirklich. An die Stelle der Koalitionsbehörde würde eine ernannte, von Washington ausgesuchte Regierung treten. Die internationalen Gesetze, die Besatzungsmächte daran hindern, Staatseigentum zu verkaufen, würden diese Regierung nicht binden; sie wäre statt dessen an eine "Übergangsverfassung" gebunden, ein Dokument, das Bremers Investitions- und Privatisierungsgesetze schützt.

Anfangs schien Plan B zu funktionieren. Bremer hatte sein legales Schlupfloch gefunden: Es würde ein Zeitfenster geben - die sieben Monate zwischen dem offiziellen Ende der Besatzungsherrschaft und dem vorgesehenen Wahltermin. Solange dieses Fenster offenstand, würden die Privatisierungsverbote der Haager und Genfer Konventionen nicht mehr gelten, während Bremers eigene Gesetze dank Art. 26 in Kraft blieben. Sieben Monate lang würden ausländische Investoren in den Irak kommen und Vierzigjahresverträge unterzeichnen können, um irakische Besitztümer zu erwerben. Falls irgendwann in der Zukunft eine frei gewählte Regierung im Irak beschließen sollte, die Regeln zu ändern, würden die Investoren auf Entschädigung klagen können.

Allerdings hatte Bremer einen nicht zu unterschätzenden Gegner: Großajatollah Ali al-Sistani, der höchste Geistliche der Schiiten im Irak, versuchte Bremers Plan in jeder Hinsicht zu blockieren: Er forderte, sofort direkte Wahlen abzuhalten, während die Verfassung erst nach diesen Wahlen und nicht etwa vorher geschrieben werden sollte. Beide Forderungen hätten, wären sie erfüllt worden, Bremers Privatisierungsfenster zugeschlagen. Aber als die schiitischen Mitglieder des Regierungsrates sich weigerten, die Übergangsverfassung zu unterschreiben, explodierten am 2. März 2004 vor zwei Moscheen in Kerbala und Bagdad fünf Bomben und töteten fast 200 Gläubige. General John Abizaid, der US-Oberbefehlshaber im Irak, warnte, das Land befinde sich an der Schwelle zum Bürgerkrieg. Erschrocken gab Sistani nach, und die

schiitischen Politiker unterzeichneten die Übergangsverfassung. Es war die übliche Geschichte: Der Schock über einen blutigen Anschlag ebnete den Weg für noch mehr Schocktherapie.

Als Bremer das erste Mal nach Bagdad kam, konnte er noch mit einem Minimum an Personenschutz auf die Straße gehen. Während der ersten vier Monate seiner Amtszeit wurden 109 US-Soldaten getötet und 570 verwundet. In den folgenden vier Monaten stiegen, während Bremers Schocktherapie einsetzte, die US-Verluste fast auf das Doppelte: 195 tote GIs und 1633 Verwundete. Im Irak behaupten viele, da bestehe ein Zusammenhang; Bremers Reformen hätten den mit Abstand größten Anteil daran, daß der bewaffnete Widerstand solche Ausmaße angenommen hat.

Bremers erste Opfer

Da wären beispielsweise Bremers erste Opfer. Die Soldaten und Arbeiter, die er ohne Renten oder Abfindungen auf die Straße setzte, verschwanden nicht einfach geräuschlos. Viele schlossen sich sofort den Mudschaheddin an und bildeten das Rückgrat des bewaffneten Widerstands. "Einer halben Million Menschen geht es jetzt schlechter, und das ist der Wasserhahn, der den Aufstand am Laufen hält. Das ist ein alternatives Beschäftigungsprogramm", sagt Hussain Kubba, Chef der prominenten irakischen Kubba Consulting.

Auch andere Opfer des Bremerschen Wirtschaftskurses sind nicht einfach schweigend abgetreten. Wie sich herausstellt, beschlossen viele Geschäftsleute, die ihre Firmen durch Bremers Investitionsgesetze bedroht sehen, auf ihre Art zu investieren - nämlich in den Widerstand. Wenn den Kämpfern die Kalaschnikows und anderen Waffen nicht ausgehen, liegt das zum Teil am Geld dieser Leute.

Unmittelbar nach dem nominellen Ende des Krieges bewilligte der Kongreß 2,5 Milliarden US-Dollar für den irakischen Wiederaufbau, gefolgt von weiteren 18,4 Milliarden US-Dollar im Oktober 2003. Aber die irakischen Staatsbetriebe blieben demonstrativ ausgeschlossen, sie erhielten keine Wiederaufbauverträge, Die Milliarden flossen komplett an westliche Firmen, und die meisten Materialien für den Wiederaufbau wurden unter hohen Kosten aus dem Ausland eingeführt.

Angesichts einer Arbeitslosenrate von 67 Prozent stellen die über die Grenzen hereinströmenden Importwaren und ausländischen Arbeiter für die Iraker eine Quelle enormer Ressentiments dar - noch ein offener Hahn, der dem Aufstand ständig Nachschub zufließen läßt. Und die Iraker brauchen nicht lange nach Symbolen dieser Ungerechtigkeit zu suchen: Überall stoßen sie auf das allgegenwärtige Wahrzeichen der Besatzung - die Sprengschutzwand. Auf diese drei Meter hohen Platten aus verstärktem Beton stößt man überall im Irak; sie trennen die Beschützten - die Leute in den Edelhotels, Luxuswohnungen, Militärstützpunkten und natürlich der Grünen Zone - von den Schutzlosen und Ausgesetzten. Als wäre das noch nicht ungerecht genug, werden alle Sprengschutzwände importiert Sie kommen aus Kurdistan, der Türkei oder sogar von noch weiter her, und dies ungeachtet der Tatsache, daß es im Irak einmal eine bedeutende Zementproduktion gab und ohne großen Aufwand wieder geben könnte.

Schattenaufbau Al Sadrs

Als ich Mahmud verließ, hörte ich, daß vor dem CPA-Hauptquartier eine große Demonstration stattfand. Anhänger des jungen radikalen Geistlichen Moktada Al Sadr protestierten gegen die Schließung ihrer Zeitung al Hawza durch die Militärpolizei. Die CPA beschuldigte al Hawza der Veröffentlichung "unwahrer Artikel", die "die ernste Gefahr von Gewalttätigkeiten heraufbeschwören" könnten. Als Beispiel wurde ein Artikel zitiert, der Bremer vorwarf, er "verfolge eine Strategie des Aushungerns des irakischen Volkes".

In den schiitischen Slums von Bagdad bis Basra organisiert ein Netz von Al-Sadr-Zentren eine Art Schattenaufbau. Durch Spenden finanziert, schicken diese Zentren Elektriker los, um die Strom- und Telefonleitungen zur reparieren, bringen die örtliche Müllabfuhr in Gang, beschaffen Notstromaggregate, veranstalten Blutspendeaktionen und regeln den Verkehr, wo die Ampeln nicht funktionieren. Ja, und Milizen organisieren sie auch.

Al Sadr sammelte die wirtschaftlichen Opfer Bremers ein, zog sie schwarz an und gab ihnen rostige Kalaschnikows. Seine Milizionäre schützten Moscheen und Staatsbetriebe, wenn die Besatzungsbehörden dies unterließen, aber in manchen Gebieten gingen sie auch weiter, mit fanatischen Aktionen zur Durchsetzung des islamischen Rechts, der Abfackelung von Läden, die Alkohol verkaufen, und der Terrorisierung unverschleierter Frauen. Tatsächlich handelt es sich bei dem phänomenalen Aufschwung, den Al Sadrs Version des religiösen Fundamentalismus genommen hat, um einen weiteren Rückstoß der Bremerschen Schocktherapie: Hätte der Wiederaufbau die Iraker mit Jobs, Sicherheit und Dienstleistungen versorgt, hätte Al Sadr sowohl seine Sendung als auch viele seiner Anhänger verloren.

Während Al Sadrs Gefolgsleute am Rande der Grünen Zone "Nieder mit Amerika!" schrien, geschah in einem anderen Teil des Landes etwas, das alles ändern sollte. In Falludscha wurden vier amerikanische Söldner getötet, deren verkohlte und verstümmelte Leichen wie Siegestrophäen über dem Euphrat baumelten. Dieser Angriff versetzte den Neocons einen vernichtenden Schlag, von dem sie sich nicht wieder erholten. Die Vorstellung, im Irak zu investieren, hatte angesichts solcher Bilder nichts mehr von einem kapitalistischen Traum an sich; eher wirkte sie wie ein wahr gewordener Albtraum.

Die Konzerne kriegten kalte Füße

Obwohl die erste ausländische Bank seit 40 Jahren die Lizenz erhielt, im Irak tätig zu werden, hat HSBC immer noch keine einzige Niederlassung eröffnet; dabei kann sie das alle eben erst erlangten Rechte kosten. Procter & Gamble hat sein Joint Venture auf Eis gelegt, General Motors ebenfalls. Die US-Finanziers des Starwood-Luxushotels bekamen kalte Füße, und die Siemens AG zog den größten Teil ihres Personals aus dem Irak ab. Die Bagdader Aktienbörse hat ihre Pforten immer noch nicht geöffnet, ja, in der reinen Bargeld-Ökonomie des Irak kann man nicht einmal Kreditkarten benutzen.

New Bridge Strategies, die Firma, die im Oktober 2003 getönt hatte, daß "ein WalMart das ganze Land übernehmen könnte", klingt heute erheblich bescheidener. "McDonald's wird dort in nächster Zeit nicht

aufmachen", sagte Teilhaber Ed Rogers der Washington Post. Für WalMart gilt das gleiche. Die Financial Times verkündete, zum Geschäftemachen sei der Irak "die gefährlichste Gegend der Welt". Alle Achtung: Mit ihrem Versuch, den weltweit besten Platz fürs Geschäftemachen zu kreieren, haben die Neocons es geschafft, daß er jetzt der schlechteste ist. Bisher wohl das vernichtendste Urteil über die Logik der Marktderegulierung.

Die Gewalttätigkeiten haben nicht nur bewirkt, daß keine Investoren kamen; sie zwangen Bremer, bevor er ging, viele Kernelemente seiner Wirtschaftspolitik aufzugeben. Die Privatisierung der Staatsbetriebe ist vom Tisch; statt dessen wurden mehrere staatliche Unternehmen zum Leasing ausgeschrieben, doch muß der etwaige Investor sich verpflichten, keinen einzigen Beschäftigten zu entlassen. Tausende der Staatsangestellten, die Bremer feuerte, sind wieder angeworben worden, und für den gesamten öffentlichen Sektor gab es spürbare Lohnerhöhungen. Die geplante Abschaffung des Lebensmittelprogramms wurde ebenfalls gestrichen - die Zeiten sind einfach nicht danach, Millionen Irakern die einzige Nahrungsquelle, auf die sie sich verlassen können, zu verstopfen.

Auch wenn der irakische Widerstand es geschafft hat, die erste Welle unternehmerischer Stoßtrupps in die Flucht zu schlagen, besteht doch kaum ein Zweifel, daß sie wiederkommen werden. Egal, wie die nächste irakische Regierung aussehen wird - nationalistisch, islamistisch oder marktorientiert -, sie erbt ein darnieder liegendes Land mit einer erdrückenden Schuldenlast. Es werden dann, wie in allen armen Ländern rund um die Welt, Männer in dunkelblauen Anzügen vom IWF an die Tür klopfen, die Kredite und wirtschaftliche Aufschwungsverheißung mitbringen, immer unter der Voraussetzung, daß die Regierung bestimmte Strukturanpassungen vornimmt, die natürlich anfangs recht schmerzhaft sein werden, aber am Ende das Opfer durchaus lohnen.

Auch im Irak wird der freie Markt Einzug halten, aber der neokonservative Traum von der Umwandlung des Landes in ein marktwirtschaftliches Utopia ist schon gestorben. Die historische Ironie der irakischen Katastrophe besteht darin, daß die Schocktherapie-Reformen, von denen man die Auslösung eines Wirtschaftsbooms und den Wiederaufbau des Landes erwartete, statt dessen einen Widerstand entfacht und immer wieder angeheizt haben, der den Wiederaufbau letzten Endes unmöglich machte. Bremers Reformen setzten Kräfte frei, die die Neocons weder vorhergesagt hatten, noch zu kontrollieren hoffen konnten - von bewaffneten Erhebungen in den Fabriken bis zu Zehntausenden arbeitsloser junger Männer, die sich selbst bewaffneten. Diese Kräfte haben das irakische Jahr Null in das spiegelbildliche Gegenteil jener Vision verkehrt, die den Neocons vorschwebte.

Naomi Klein, Jg. 1970, geboren in Montreal, gehört seit ihrem Bestseller "No Logo!" zu den Aktivistinnen der globalisierungskritischen Bewegung. Die ungekürzte Fassung ihres Beitrags erscheint in der Januar-Ausgabe der Blätter für deutsche und internationale Politik. www.blaetter.de

Quelle: http://www.jungewelt.de/2004/12-23/003.php

Aufruf im Namen der Südlichen Ölbetriebsgewerkschaft, Basra

Ewa Jasiewicz und James O'Nions

Liebe Brüder und Schwestern,

In der Folge des brutal geführten US-Angriffs auf Falluja, besteht kaum ein Zweifel, dass die Besatzung Schmerz und Leid über ungeheuer viele Iraker bringt. Sie muß zu Ende gehen.

Seit dem Frühling 2004 hat der Iraq Occupation Focus (Brennpunkt Irakbesatzung) dafür gekämpft, die britischen Truppen aus dem Irak herauszubekommen. Als Hilfe für die breite Anti-Kriegs-Bewegung, haben wir ein unabhängiges 14-tägiges Email-Rundschreiben verfasst, um den Leuten zu helfen, informiert zu bleiben über die Realität der Besatzung. Wir haben eine Anzahl von gut besuchten öffentlichen Treffen organisiert und wir werden als Gastgeber fungieren für ein größeres internationales Teach-in (Versammlung mit Vorträgen und Diskussionen) am 5. Dezember zum Thema "Besatzung und Widerstand im Irak" (siehe beigefügtes Flugblatt). Nachfolgend haben wir eine landesweite Rundreise organisiert für zwei unserer Gäste - ehemalige US-Militärangehörige, die nun Antikriegsgruppen für Soldatenfamilien leiten.

Auch wenn der Kampf gegen die Besatzung bei uns Vorrang genießt, fühlen wir ebenso, dass wir eine Verpflichtung zur Solidarität haben gegenüber denjenigen, die den US-britischen Angriff auf den Irak ausbaden müssen. Das tägliche Leben ist eine Hölle für Millionen von Irakern, mit Knappheit an Elektrizität und sauberem Trinkwasser, der Verbreitung von Krankheiten und einer Arbeitslosigkeit bis zu 60-70%. Der Iraq Occupation Focus ist eine breite Gruppe, die sich aus individuellen Aktivisten mit vielen Werdegängen zusammensetzt. Viele von uns sind Gewerkschaftler und als solche möchten wir so viel wie möglich denen helfen, die den Wiederaufbau der Gewerkschaften im Irak versuchen unter erschreckenden Bedingungen.

Deshalb schreiben wir Euch heute. Die Südliche Ölbetriebsgewerkschaft Basra ist in vorderster Reihe im Kampf gegen den freien Markt Fundamentalismus, den die USA im Irak einzuführen versuchen. Die SOCU hat ihren Sitz in der britisch besetzten südlichen Zone um Basra und ist die größte Tochtergesellschaft der neu gegründeten Basra Oil Union (Basra Ölgewerkschaft), die im ganzen ungefähr 30,000 Arbeiter im Ölsektor vertritt.

SOCU verkörpert die beste Tradition von unabhängigen Gewerkschaften. Nachdem wir physisch viele baathistische Manager vertrieben haben, begannen SOCU Mitglieder den autonomen Wiederaufbau von Ölanlagen, die während des Krieges zerstört worden waren. Als die Besatzungsautoritäten Armutslöhne für die Ölindustrie auferlegten, drohten sie mit Streikaktionen und gewannen so eine Erhöhung (der Löhne, Anm. der Übersetzerin)

SOCU betont seine politische Unabhängigkeit und zwar sowohl von der US-ernannten irakischen

Interimsregierung als auch von allen politischen Parteien. Sie war die Zentrale für die Stilllegung der Ölexporte aus Protest gegen die Belagerung von Najaf im August. Sie kämpft auch dafür, die Massenprivatisierung des Iraks zu verhindern. Deshalb benötigen wir jetzt die Solidarität der westlichen Gewerkschaftler. Und diese Solidarität sollte praktische Form annehmen. Besonders wird Geld gebraucht, um die grundlegenden Aufgaben der Arbeitsplatzorganisation und Arbeitervertretung weiterzuführen.

Wir hoffen, dass Ihr entweder in der Lage seid eine Sammlung an Eurem Arbeitsplatz für die SOCU durchzuführen oder den Antrag weitergebt, den wir beigefügt haben und eine Spende von Eurem Gewerkschaftszweig oder Eurem Gewerkschaftsratfond macht. Wir hoffen auch, dass, wenn es so getätigt wird, Ihr eine Spende an den Iraq Occupation Focus in Betracht zieht, so dass wir weiter kämpfen können, um die Realität der Besatzung im Irak darstellen zu können und die Truppen sofort nach Hause bringen können.

Eure brüderlichen

Ewa Jasiewicz
Europäischer Kontakt für die Südliche Ölbetriebsgewerkschaft

James O'Nions
Irak Besatzungs Fokus

Übersetzung Sylvia Weiss, Irakinitiative http://hometown.aol.de/irakseite und attac Bayreuth

Unterstützen Sie die irakischen Ölarbeiter!

GUOE

Die GUOE (General Union of Oil Employees, Einheitsgewerkschaft der Ölangestellten), in der 23.000 Arbeiter in Iraks südlichen Öl- und Gasindustrien organisiert sind, kämpft sowohl gegen die Besatzung durch die US und Großbritannien als auch gegen die Konzerngetriebene Privatisierung der irakischen Industrie.

Die Vorgängerin der GUOE war die Southern Oil Company Union (Gewerkschaft der Ölgesellschaften im Süden), die im Mai 2003 von Arbeiteraktivisten der Südlichen Ölgesellschaft gegründet wurde. Diese und andere Gewerkschaften aus den Provinzen Amara, Basra und Nassiriyah haben sich nun zur Bildung der GUOE vereinigt. Die Union bleibt technisch illegal, aber wie ihr Präsident Hassan Jumaa sagt:

"Wir bekommen unsere Legitimität von unseren Arbeitern!"

Standpunkt zur Besatzung

"Es ist die tiefe, patriotische Überzeugung aller Mitglieder der Gewerkschaft, dass die Besatzungsmächte das Land sofort verlassen müssen, ungeachtet der Konsequenzen." Hassan Jumaa: "Nur ein Söldner, der von der

Besatzung profitiert, könnte ihre Fortsetzung wünschen."

Standpunkt zur Privatisierung

"Die Privatisierung der Öl- und Industriesektoren ist das Ziel aller Funktionäre des irakischen Staats und der Regierung. Wir werden uns standhaft gegen diesen imperialistischen Plan wehren, der Iraks Reichtum dem internationalen Kapitalismus ausliefern und das leidende irakische Volk von der Teilhabe ausschließen würde… wir schlagen diesen Weg zum Ruhme des Iraks ein, selbst wenn er uns unsere Leben kostet. Die Irakis sind selbst in der Lage, ihre Konzerne und ihre Investitionen zu verwalten."

Standpunkt zur politischen Unabhängigkeit

"Die GUOE in Basra ist eine unabhängige Gewerkschaft, die in der gegenwärtigen Phase keiner [Gewerkschafts-]Vereinigung angehört."

Standpunkt zur ehemaligen Regierung

Mitglieder des GUOE Exekutivkomitees, einschließlich ihres Präsidenten, gehörten der aktiven Opposition gegen Saddam Husseins Diktatur an, und viele von ihnen wurden durch das Regime eingesperrt. Die Gewerkschaft führt eine andauernde Debatte mit loyalen Ba'ath-Managern und wendet sich öffentlich gegen ihre weitere Präsenz in Führungspositionen, insbesondere in der Ölindustrie.

Die GUOE braucht Ihre Solidarität und Ihre Unterstützung

Naftana (Arabisch: "unser Öl") ist das Unterstützungskomitee der GUOE in Großbritannien. Um unseren Rundbrief zu erhalten, schicken Sie bitte eine E-Mail an naftana-subscribe@lists.riseup.net. Er wird ungefähr jeden Monat versandt und informiert Unterstützer/Innen über Streiks und andere Gewerkschaftsaktivitäten. Wenn Sie uns auch Ihre Handynummer schicken, werden wir Sie unserer Liste für wichtige Mitteilungen zufügen, die dazu genutzt wird, für Proteste im Fall von Anschlägen auf GUOE-Mitglieder zu mobilisieren.

Bitte konsultieren Sie auch unsere Homepage für regelmäßige Nachrichtenupdates: *www.basraoilunion.org*

Übersetzung: Carla Krüger

GUOE- Aktivitäten seit Besatzungsbeginn

GUOE

Mai 2003

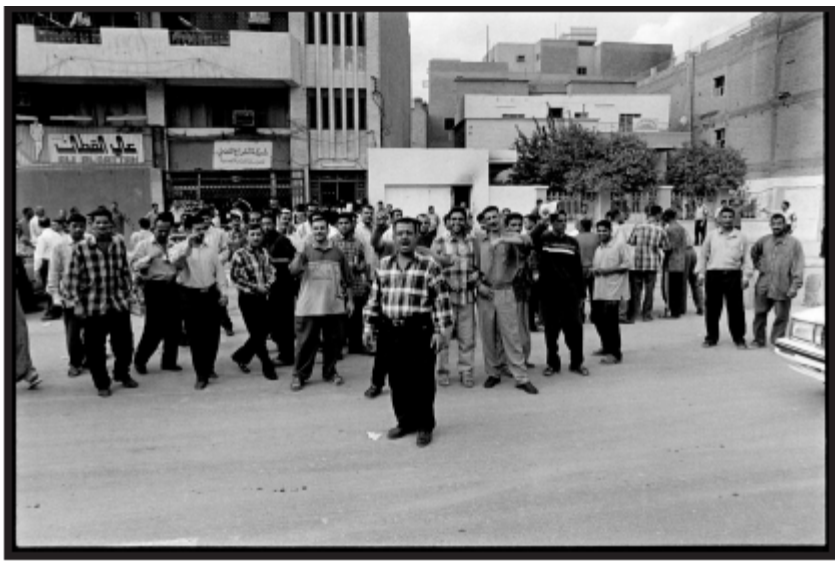
Die US-Firma Kellogg Brown and Root (KBR) wurde aus Arbeitsstätten gejagt und ihre Vertragsnehmer abgelehnt. Die neu gebildete Südliche Ölgewerkschaft (SOCU) betrachtete KBR als "Teil der Invasion und Besatzung - als verlängerter Arm der US-Armee" und "Spione" und verweigerte ihnen daher den Zugang zu allen Ölgruben.

Juni 2003

Streik in der Basra Ölraffinerie in Sheiba. Den Arbeitern war ihr Lohn seit dem Beginn der Invasion und der Besatzung im März nicht mehr ausgezahlt worden. 100 Arbeiteraktivisten, die sich durch die Auflage, sich bei KBR zu melden, erniedrigt fühlten, blockierten die Straße vor der Raffinerie und konfrontierten die britischen Truppen in einer 5-Stunden dauernden Belagerung. Nach Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden erhielten die Arbeiter ihr Geld noch innerhalb desselben Tages.

August 2003

Ein zweitägiger Streik fand statt; alle Ölexporte wurden abgebrochen. Die Forderungen der Streikenden betrafen insbesondere ungezahlte Löhne. Diese Kraftprobe zahlte sich später bei den Verhandlungen über die Lohntabelle aus (siehe unten).



August 2003

Irakische Bohrgesellschaftsarbeiter reparierten noch vor Ende des Monats den ersten Bohrturm. Sie bauten elf weitere im Laufe des nächsten Monats wieder auf, nutzten dabei hauptsächlich ihren eigenen Einfallsreichtum und Einzelteile von den örtlichen legalen Märkten und Schwarzmärkten. SOCU-Arbeiter haben regelmäßig eigenständige Wiederaufbauarbeiten ausgeführt, einschließlich am Khor Al Omayeh- Offshore Terminal; der Lehees Rohölpumpstation; der Nord-Rumeila Rohölpumpstation und Bohr- und Gasfirma.

Dezember 2003

Das SOCU Exekutivkomitee entwarf eine eigene Lohntabelle im Gegenzug zur so genannten "Dekret 30"-Lohntabelle der Besatzer, die im September 2003 ausgegeben worden war. Die Gewerkschaftstabelle berücksichtigt steigende Miet-, Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise. Es folgten Verhandlungen mit dem Ölministerium, nachdem die Gewerkschaft mit einem Generalstreik gedroht hatte. Die Arbeiter wären bereit gewesen, ihre Arbeitsplätze mit Waffengewalt zu verteidigen, falls Besatzungstruppen versucht hätten, sie ihnen wegzunehmen.

Januar 2004

Sieg! Höhere Löhne wurden für alle Arbeiter der SOCU erzielt - der Minimallohn ist nun 102.000 Iraki Dinar statt 69.000. Zwei ganze Stufen der durch die Besatzer auferlegten Lohntabelle wurden beseitigt.

Februar 2004

Arbeiter der Basra Pipeline-Gesellschaft streikten am Tag des Besuchs des Ölministers. Sie verlangten, dass Hassan Jumaa für sie verhandeln dürfe. Die Exporte wurden für mindestens vier Stunden gestoppt. Die Arbeiter forderten außerdem die gleichen Löhne wie in der Südlichen Ölgesellschaft.

Juni 2004

Nach einem Treffen von Ölgesellschaftsbetriebsräten der neuen Gesellschaften im südlichen irakischen Ölsektor, wurde die Einheitsgewerkschaft der Ölarbeiter (GUOE) gegründet. Sie organisiert Arbeiter der Südlichen Ölgesellschaft, der Südlichen Gasgesellschaft, der Südlichen Raffinerie-

Gesellschaft, der Irakischen Bohrgesellschaft, der Öltransport-Gesellschaft, der Gastransportgesellschaft, der Ölproduktionsgesellschaft, der Öl-Projektfirma und der Ölpipeline-Gesellschaft.

August 2004

Die Südliche Ölfirma HQ wurde bombardiert. Die Gewerkschaft verurteilte die Verwendung von Bomben als Mittel zur Auseinandersetzung mit dem Firmenmanagement.

Mai 2005

Die GUOE hielt eine historische Anti-privatisierungskonferenz in Basra, an der Hunderte von lokalen Gewerkschaftlern teilnahmen, plus Delegierte von US Labor Against War, dem Irak Besatzungsfokus, der PLATTFORM und Jubilee Irak. Gewerkschaften und Friedensorganisationen von Korea bis Argentinien schickten Solidaritätsbotschaften.

Juni 2005

Proteststreikaktionen fanden an der Basra- Ölraffinerie statt. Die Arbeiter sperrten das Management aus. Ihre Forderungen betrafen Land für Arbeiter und Angestellte, höhere Löhne, die Abschaffung der augenblicklichen direkten Abzweigung von 20% der Öleinkünfte an das irakische Verteidigungsministerium, die Zurückgabe eines höheren Anteils der Öleinkünfte an die örtlichen Wirtschaftskreisläufe und die Entlassung Saddamistischer Manager und Ölministeriumsbeamter.

Juli 2005

Ölexporte wurden für 24 Stunden abgeschnitten, nachdem die Verhandlungen mit dem Ölministerium erfolglos verlaufen waren. Während die Medien berichteten, dass die Gewerkschaft Streikaktion "in Unterstützung" des Gouverneurs von Basra unternommen habe, betonte die Gewerkschaft ihre Unabhängigkeit und dass ihre eigenen Interessen sie dazu gebracht hätten zu agieren.

Übersetzung: Carla Krüger